

Antwort der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Ulrich Adam, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Jürgen Koppelin, Dr. Rainer Ortleb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/8674 –**

Wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraumes

Nur zögernd nimmt Europa zur Kenntnis, daß neben dem Mittelmeer ein zweites großes Binnenmeer an die Europäische Union angrenzt, die Ostsee. Diese Staaten sind wirtschaftlich unterschiedlich weit entwickelt. Die Bevölkerungsschwerpunkte dieser Region liegen im Süden und Südwesten, der Norden gehört zu den am wenigsten besiedelten Gebieten in Europa. „Geteilt“ ist diese Region nicht nur in ihren Besiedlungsschwerpunkten, sondern auch in der Bevölkerungsstruktur. Während in Skandinavien die Überalterung der Gesellschaft zunimmt, weisen die baltischen Staaten und Polen eine überdurchschnittlich junge Bevölkerung auf. Im westlichen Bereich sind die Pro-Kopf-Produktion, die Besteuerung sowie die Höhe der Sozialabgaben vergleichsweise hoch. Im östlichen Teil sind diese Indikatoren wesentlich niedriger; hinzu kommen dort eine höhere Inflation und eine höhere öffentliche Verschuldung. Im Osten überwiegt noch der Agrarsektor, im Westen dominiert bereits der Dienstleistungsbereich. Die Wachstumsraten in den östlichen, noch landwirtschaftlich geprägten Staaten erreichen mit jährlich durchschnittlich 6 bis 9% aber eine beachtliche Höhe.

In der europäischen Geschichte hatte der „Wirtschaftsraum Ostsee“ als einheitlicher Handels- und Kulturräum und Bindeglied zwischen West- und Osteuropa über Jahrhunderte eine große Bedeutung. Der mittelalterliche Städtebund der Hanse steht für ein funktionierendes Handels- und Rechtssystem mit eigener Verkehrssprache (Niederdeutsch) und eigener Gerichtsbarkeit. Mit dem Aufkommen der Territorialstaaten und der Entdeckung Amerikas verlor die Hanse ihre Macht; die Ostsee behielt aber als Schifffahrtsweg überragende Bedeutung, da die Warenbeförderung und das Reisen auf Seewegen effizienter und bequemer als zu Lande war. Bis zum Ersten Weltkrieg und zur Oktoberrevolution blühten die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen Skandinavien und dem Deutschen und Russischen Reich; allein 1914 lebten

100 000 Deutsche in St. Petersburg. Mit dem nationalistischen Protektionismus und erst recht mit dem „Eisernen Vorhang“ verlor der Ostseeraum seine verbindende Funktion. Der Wirtschaftsraum verkümmerte zu einer europäischen Randregion ohne eigenständige Bedeutung.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, der Wiederherstellung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der MOE-Länder und ihren Reformen eröffneten sich Chancen für eine enge Kooperation der Ostseeländer. Die Großregion Ostsee weist in bezug auf ihre natürlichen Ressourcen, auf Produktion und Handel ein bedeutendes entwicklungsfähiges Potential auf. Besondere Chancen bietet der Tourismus, der im Bereich der Ostsee bei Kreuzfahrten sogar im weltweiten Spitzenbereich liegt.

Gerade in den letzten Jahren haben sich die politischen Rahmenbedingungen der Ostseeregion stärker verschoben als in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für das Selbstverständnis der Region kann die Bedeutung dieser Entwicklung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Über Jahrzehnte war die Ostsee politisch dreigeteilt: Deutschland hat sich als EU-Mitglied nach Westeuropa orientiert. Skandinavien hat in der nordischen Zusammenarbeit eine eigene Alternative gesucht. Die östlichen Anrainer wurden durch das realsozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geprägt und auf die sowjetischen Interessen ausgerichtet. In nur sieben Jahren ist aus der Ostsee ein europäisches Binnenmeer geworden. Vier seiner Anrainerstaaten sind jetzt Mitglieder in der EU, die Hälfte der Bevölkerung aller Anrainerstaaten sind EU-Bürger. Norwegen ist über den Europäischen Wirtschaftsraum, Polen sowie Estland, Lettland und Litauen sind über Europaabkommen mit der Union verbunden, Rußland über Partnerschaftsabkommen. Durch die geplante Osterweiterung der EU werden sich die Bedeutungen der Ostsee als europäische Region noch ver-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 18. März 1998 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

größern und die EU noch stärker in der Region engagieren.

Eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten hat sich entwickelt. In etwa siebzig verschiedenen Organisationen und Initiativen der Ostseekooperation wird derzeit auf den unterschiedlichsten Gebieten zusammengearbeitet. Dem Ostseerat der Außenminister ist die Koordinierung übertragen. Mit der Visby-Konferenz der Regierungschefs der elf Staaten und des Präsidenten der EU-Kommission am 3./4. Mai 1996 wurde erstmals die europäische Bedeutung und Eigenständigkeit dieser Großregion herausgestellt und anerkannt.

Begrüßenswert ist die besonders auf deutsche Initiative hin erfolgte Bereitschaft der EU, eine aktive Ostseepolitik mit dem Ziel der Stärkung des Ostseeraumes als eigenständigem Wirtschaftsraum zu betreiben. Die im Rahmen der „Initiative für den Ostseeraum“ abgegebenen Empfehlungen, die dem Visby-Gipfel der Regierungschefs vorgelegt wurden, haben Eingang gefunden in die Aktionsprogramme des Ostseerats für Kontakte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Umweltpolitik. Hauptziel bleibt dabei neben der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Handel, Infrastruktur, Energie und Tourismus die Förderung der Demokratisierung und Sicherung der politischen Stabilität.

Das „Binnenmeer“ Ostsee verfügt im Personenverkehr über die weltweit meisten Fährschiffslinien. Der Gütertransport auf der Ostsee sowohl im Bereich der Fährschiffslinien als auch im Rahmen der konventionellen Küstenschifffahrt expandiert ständig. Bedeutung erlangen in diesem Zusammenhang die Hinterlandverbindungen. Mit der Formulierung der paneuropäischen Korridore auf der 2. Paneuropäischen Verkehrskonferenz wurden für die MOE-Staaten im Ostseeraum bedeutende Fernverkehrsachsen (Korridore I, II, VI und IX) festgelegt. Dänemark und Schweden haben mit den festen Verbindungen über den Großen Belt und Öresund begonnen, Skandinavien wesentlich besser an Mitteleuropa anzubinden. Im Energiebereich gibt es erste Ansätze von Kooperationen in diesem Raum, wenige noch bei der Telekommunikation.

Eine besondere Herausforderung für alle Anrainerstaaten stellt der kritische Zustand des „Binnenmeeres Ostsee“ dar. Die Umweltverschmutzung erfolgt hauptsächlich durch den Mangel an Klär- und Reinigungsanlagen im Osten des Raumes sowie durch Einleitung von Nitraten und Phosphaten. Zu den Folgen der Verschmutzung gehört auch der Rückgang der Fischpopulation mit entsprechenden Folgen für die Fischerei.

Mit einer Ausdehnung von 415 000 km² stellt die Ostsee, die durch die Meerenge mit der Nordsee verbunden ist, eine der größten Brackwassermeere der Erde dar. Das Ökosystem Ostsee ist durch seinen geringen Wasseraustausch stärker gefährdet als die Nordsee. Im Einzugsgebiet seiner Hauptzuflüsse leben etwa 80 Millionen Menschen. Die Zunahme der Verschlechterung des ökologischen Zustandes war in den letzten Jahrzehnten unverkennbar. Doch deutlich wird gerade seit Anfang der 90er Jahre, daß die seit 1974 (Helsinki-Konvention) getroffenen Maßnahmen zu wirken beginnen. Für das auf die nächsten 20 Jahre ausgelegte Programm zur Verbesserung der Wasserqualität werden Mittel von rund 40 Mrd. DM eingesetzt.

Bei den politischen wie wirtschaftlichen Interessenlagen der beteiligten Staaten des Ostseeraumes geht es z. B.

- für alle Anrainer um die Wiedergewinnung des jeweiligen „anderen“ Teiles der Ostsee für ihre Sicherheit, ihren Handel und ihre Wirtschaftsentwicklung,
- für Deutschland – ebenso wie für die anderen Länder – um die Zusammenarbeit mit einem nachbarschaftlichen Raum, der unserer Wirtschaft, vor allem der unserer Küstenländer, gute Chancen bietet und

die Herausforderungen im Hinblick auf Sicherheit und Ökologie gemeinsam bestehen läßt,

- für die vier Reformstaaten um die Unterstützung durch die fortschrittlichen Volkswirtschaften im Westen und Norden, doch auch um Sicherheit und Gewinnung demokratischer Stabilität,
- für Rußland um Teilhabe an der Entwicklung des Ostseeraumes, um Mitsprache und Einflußnahme.

1. Der Wirtschaftsraum Ostsee

1. Welches Gebiet stellt den Wirtschaftsraum Ostsee dar?

Wie groß ist seine Bevölkerung, wie groß seine gesamtwirtschaftliche Leistung?

Der Wirtschaftsraum Ostsee umfaßt die 9 Ostseeanrainerstaaten:

- Deutschland (D), Dänemark (DK), Schweden (S), Finnland (FIN), Russische Föderation (RUS), Estland (EST), Lettland (LV), Litauen (LT) und Polen (PL).

Deutschland, Polen und die Russische Föderation gehören nur mit ihren im Verhältnis zur Gesamtfläche kleinen Küstenregionen zum Ostseeraum:

- Deutschland mit den Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und der Hansestadt Hamburg als Überseehafen der Region,
- Polen mit den 7 Wojewodschaften von Stettin bis Suwalken und
- die Russische Föderation mit den 3 Föderationssubjekten Stadt St. Petersburg und Gebieten Kaliningrad und Leningrad.

Obwohl sie nicht zum Ostseeraum gehören, sind Norwegen und Island als Mitgliedstaaten des Nordischen Rates auch Mitglieder des Ostseerates (wie auch die Europäische Kommission).

In den nachfolgenden Antworten sind beide Länder nicht berücksichtigt.

Die 9 Anrainerstaaten – Deutschland, Polen und die Russische Föderation nur mit ihren Küstenregionen gerechnet – haben eine Bevölkerung von 46 Millionen. Die Ausstrahlung dieser Ostseeregionen auf die Wirtschaftstätigkeit in den größeren Ostseestaaten führt jedoch dazu, daß von der wirtschaftlichen Kooperation im Ostseeraum eine Bevölkerung von nahezu 300 Millionen berührt wird.

Der Ostseeraum wird in anderen Kooperationsbereichen unterschiedlich abgegrenzt (s. Antwort auf Frage 13). In diesen Fällen ergeben sich andere Daten, z. B. zur Bevölkerungs- und Wachstumsentwicklung.

Die 9 Länder erwirtschafteten 1996 ein Bruttoinlandsprodukt von 3 500 Mrd. US-Dollar (D, PL und RUS als Gesamtstaaten gerechnet). Die drei deutschen Bundesländer hatten am gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukt 1996 von 2 353 Mrd. US-Dollar einen Anteil von 194 Mrd. US-Dollar (gesonderte Zahlen über die Wirtschaftsleistung der Küstenregionen von PL und RUS liegen nicht vor).

Im einzelnen wird auf die Anlage 1 verwiesen.

2. Was macht die Stärke dieses Wirtschaftsraumes, was seine Schwäche aus?

Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede kennzeichnen die Staaten des Ostseeraums?

Welche Wachstums- und welche Inflationsraten liegen für den Zeitraum 1991 bis 1996 für die Ostseeanrainerstaaten vor?

Die Stärke des Wirtschaftsraums liegt in seinem Reichtum an materiellen und immateriellen Ressourcen: Der Wirtschaftsraum besitzt diversifizierte Industrien bis hin zur Hochtechnologie, Rohstoffe, entwickelte Handelszentren und Verkehrswege, insbesondere die Ostsee als verbindende Wasserstraße, eine ausgebildete Bevölkerung sowie traditionelle wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen.

Die Schwäche des Wirtschaftsraums liegt im stark unterschiedlichen Entwicklungsstand der Anrainerstaaten infolge der langanhaltenden politischen Spaltung Europas. Die vier westlichen Ostseestaaten (D, DK, S, FIN) haben – begünstigt von der europäischen Integration und der Eingliederung in die Weltwirtschaft – ihre Wirtschaft zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit entwickeln können. Die fünf östlichen Anrainer (RUS, EST, LV, LT, PL) dagegen liegen infolge der Nachwirkungen der planwirtschaftlichen Zwänge in ihrer Wettbewerbsfähigkeit noch deutlich zurück. Sie versuchen mit unterschiedlichem Erfolg, den Rückstand aufzuholen. Hierbei hilft ihnen die wachsende Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten.

In Polen und den baltischen Staaten kam es in den letzten Jahren nach zunächst rückläufiger Entwicklung zu einer Zunahme des BIP, und in Rußland verringerte sich das negative Wirtschaftswachstum. Auch die Inflationsraten sind im Zeitraum 1991 bis 1996 in Rußland, Polen und den baltischen Staaten erheblich gesunken. Zu den Wachstums- und Inflationsraten der Ostseestaaten sowie zum BIP pro Kopf s. Anlage 2.

3. Welche Entwicklungen und Perspektiven für einen Freihandel im Ostseeraum gibt es?

In der Ostseeregion gab es seit Jahren Freihandelsinitiativen und Abschlüsse von Freihandelsvereinbarungen. Die Regierungschefs der Ostseestaaten haben beim Treffen in Visby im Mai 1996 Freihandel im Ostseeraum als ein wichtiges Ziel der Ostseekooperation festgelegt.

Die EG hat mit Polen und den baltischen Staaten Europa-Abkommen abgeschlossen, deren Ziel Freihandel ist.

Untereinander haben die baltischen Staaten Freihandelsvereinbarungen geschlossen; diese werden voraussichtlich bis zum EU-Beitritt bestehen bleiben.

Seit dem 1. Dezember 1997 ist ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EG und Rußland in Kraft. Dieses eröffnet die Aussicht, Verhandlungen über den Abschluß eines Freihandelsabkommens auf-

zunehmen, sobald die ökonomischen Voraussetzungen in Rußland vorliegen.

Das Arbeitsprogramm des Kooperationsrates sieht bereits 1998 erste Untersuchungen vor.

Mit einem Freihandelsabkommen der EU mit Rußland und dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur EU wird der Freihandel im Ostseeraum vollendet sein.

4. In welcher Weise beteiligt sich die Wirtschaft an der ökonomischen und ökologischen Entwicklung dieser Großregion?

Die Wirtschaft beteiligt sich engagiert an der Entwicklung des Ostseeraums. Sie hat vor allem frühzeitig begonnen, Organisationen und Gremien zur Förderung der Zusammenarbeit und Beratung der Regierungen zu gründen:

– Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA):

Dachorganisation von 52 Industrie- und Handelskammern aus allen Ostseestaaten; Ziel ist die Förderung der Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Kooperation. Die Geschäftsführung liegt z. Z. bei der IHK zu Kiel, Präsident ist deren Hauptgeschäftsführer.

– Business Advisory Council (BAC):

Organ der Wirtschaft, insbesondere zur Beratung der Gremien des Ostseerates.

Der BAC hat dem Treffen der Regierungschefs in Riga am 22./23. Januar 1998 ein Memorandum zur Förderung von Handel und Investitionen im Ostseeraum vorgelegt. Vorsitzender ist z. Z. ebenfalls der Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel.

– Baltic Sea Tourism Commission (BTC):

Zusammenschluß und Interessenvertretung der Tourismusunternehmen und -organisationen.

– Baltic Sea Partneriat:

Von der Europäischen Kommission begründete Initiative zur Förderung der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen aus der EU und den Ostseestaaten.

Die Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (HELCOM) bindet die Wirtschaft in ihre Aktivitäten ein. Überregionale Verbände nehmen an Projekten teil, liefern Informationen und beteiligen sich finanziell auch in einzelnen Fällen. Im Gegenzug können sie als Beobachter an der jährlichen Kommissionssitzung teilnehmen.

5. Was fördert und was hindert eine Wirtschaftskooperation im Ostseeraum?

Entscheidend für das Zustandekommen von wirtschaftlichen Kooperationen im Ostseeraum ist vor allem die Stabilität der politischen Verhältnisse.

Die Wirtschaftskooperation im Ostseeraum wird gefördert durch Maßnahmen im Rahmen der europäischen Integration und einzelstaatliche Maßnahmen:

- Abbau von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen
- Erleichterung der Grenzkontrollen
- Beseitigung von Investitionshemmnissen, insbesondere Gleichbehandlung von Auslandsinvestoren mit heimischen Investoren (Investitionsschutz- und Förderverträge)
- Ausbau eines leistungsfähigen Banken- und Versicherungswesens und Erleichterung von Finanzierungen und Versicherungen (Ausfuhrversicherung, Kapitalanlagegarantien)
- Privatisierung
- Fördermaßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten
- Verbesserung der Infrastruktur und Verkehrsverbindungen
- moderne Gesetzgebung, insbesondere Harmonisierung von Rechtsvorschriften mit denen der EU
- Rechtsstaatlichkeit
- Aufbau leistungsfähiger Verwaltungen mit Verständnis für die Wirtschaft
- Ausbau der Kontakte der Wirtschaftsorganisationen und Regionen im gesamten Wirtschaftsraum
- Stabilität der Währungen
- Unterstützung der technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen in den baltischen Staaten, z. B. durch ein Investment- und Kooperationsforum.

Behindert wird die Wirtschaftskooperation durch Unzulänglichkeiten in den genannten Bereichen, insbesondere durch

- Unsicherheiten beim Recht und seiner Anwendung (z. B. unerwartete Änderung von Zoll- und Steuergesetzen, fehlende Weiterentwicklung öffentlicher Register in der Gerichtsbarkeit)
- Behinderung des Warenverkehrs (langwierige Grenzkontrollen, Korruption, Kriminalität)
- mangelnde Verkehrsinfrastruktur
- Diskriminierung ausländischer Investoren
- Beibehaltung eines großen öffentlichen Wirtschaftssektors in den Reformstaaten
- mangelnde Kapitalausstattung der Unternehmen und Kreditmangel
- Zentralismus in der Verwaltung und undurchsichtige Verwaltungsverfahren und Kosten, mangelnde Personalausbildung
- offene Eigentumsfragen
- Defizite im Finanzierungssektor (nicht ausreichende Entwicklung moderner Zahlungsmittel/-substitute in den östlichen Reformstaaten).

6. Welche Maßnahmen sind eingeleitet bzw. vorgesehen, um die bestehenden Hindernisse abzubauen?

Die heute noch bestehenden Handelshindernisse resultieren aus der jahrzehntelangen Abschottung der

östlichen Anrainer. Die Weiterführung der politischen und wirtschaftlichen Reformen, die Annäherung an die EU sowie die verstärkte Zusammenarbeit fördern den Abbau der Hindernisse.

Die östlichen Anrainerstaaten sind – wenn auch in unterschiedlicher Weise – mit der EU und z. T. untereinander verbunden (s. Antwort auf Frage 3). Bereits jetzt ist der EU-Markt für gewerbliche Exporte der assoziierten Länder voll liberalisiert. Auf der Basis des Weißbuches der Europäischen Kommission harmonisieren die assoziierten Länder ihre Rechtsvorschriften mit denen des EU-Binnenmarktes, was den Zugang zu diesem Markt erleichtert. Vorhaben der EU, insbesondere die Förderung von Grenzregionen (INTERREG II) und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (PHARE Cross Border Cooperation) sowie die Verwirklichung der Transeuropäischen Netze (TEN) begünstigen die Wirtschaftskooperation in der Ostseeregion und damit die Überwindung von Hindernissen.

Die Entschlossenheit, zur Überwindung der bestehenden Handelshindernisse beizutragen und Investitionen in der Region zu ermutigen, ist eine Kernaussage des Treffens der Regierungschefs der im Ostseerat vertretenen Staaten unter Einschluß des Präsidenten der Europäischen Kommission am 22./23. Januar 1998 in Riga. Der Ostseerat und seine Gremien befassen sich intensiv mit der Thematik.

Im Auftrage der Bundesregierung unterstützt die 1992 gegründete Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit die baltischen Staaten, Polen und die Russische Föderation bei der Reform ihrer Rechtssysteme. Sie hilft durch Beratung bei der Gesetzgebung und durch Aus- und Weiterbildung von Rechtsanwendern. Darüber hinaus führt Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem estnischen Justizministerium seit Jahren Seminare und Hospitationen durch, um den Aufbau eines funktionsfähigen rechtsstaatlichen Anspruchs genügenden Rechtssystems in Estland zu unterstützen. Dies verbessert auch die Fähigkeit zur Übernahme des *acquis communautaire* beim EU-Beitritt. Mit Lettland entsteht eine Zusammenarbeit im justitiellen Bereich. Schleswig-Holstein hat mit Estland eine noch engere Kooperation in der Richterausbildung und Unterstützung im Grundbuchwesen und Strafvollzug verabredet. Hamburg engagiert sich in Estland mit seinem Know-how in Verkehrs-, insbesondere in Hafenfragen.

Zur Förderung von Handel und Investitionen in der Ostseeregion hat die BCCA „Hanse-Wirtschaftstage“ organisiert und einen „Leitfaden zur Geschäftsanbahnung in Estland, Lettland, Litauen und den russischen Regionen Leningrad und Kaliningrad“ erarbeitet, ferner mit dem Kommunikationssystem BASIN eine elektronische Plattform für die grenzüberschreitende Suche nach Kooperationspartnern und den Austausch von Informationen zu Messen und zur Wirtschaftsgesetzgebung geschaffen.

Zur Überwindung von Hindernissen trägt auch der rege Wissenschaftlerkontakt im Bereich der Datenanbindung und der Aus- und Weiterbildung bei. So hat Litauen mit großem Engagement das deutsche System

der dualen Berufsausbildung in die Bildungsstruktur des Landes übernommen.

7. Welche bedeutenden, die Gesamtregion beeinflussenden Vorhaben aus den folgenden Bereichen sind bereits abgeschlossen, eingeleitet bzw. beabsichtigt:

a) Verkehrsvorhaben

- Schiene
- Straße
- Magnetschnellbahn
- Flughäfen
- Seehäfen
- Binnenwasserstraßen
- Anlagen des Kombinierten Verkehrs
- Hafenhinterlandverkehr

b) Energiepolitik

- Wasserkraft
- Kernkraft
- Kohle
- Regenerative Energieträger
- Stromverbünde
- Pipelines

c) Tourismuspolitik

d) Umweltpolitik (Ostseeaktionsprogramm)?

a) Verkehrsvorhaben

– Schiene

Eingeleitet und teilweise bereits abgeschlossen ist die Ertüchtigung des Korridors Flensburg – Hamburg – Maschen, über den seit Inbetriebnahme der landfesten Querungen des Großen Belt der gesamte Eisenbahn-Güterverkehr nach Dänemark fließt.

In Realisierung befindet sich die Ausbaustrecke Lübeck/Hagenow Land – Stralsund. Untersucht wird die Elektrifizierung der Vogelfluglinie. In Fortführung der Vogelfluglinie wird gemeinsam mit Dänemark die Machbarkeitsstudie „Feste Querung Fehmarnbelt“ erstellt. Untersucht werden verschiedene Tunnel- und Brückenlösungen für reinen Schienenverkehr und Schienen-/Straßenverkehr.

Der Ausbau der Strecken Berlin – Rostock (–Skandinavien) und Berlin – Pasewalk – Stralsund – Rügen (– Skandinavien) ist nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des internationalen Eisenbahnverkehrs von und nach Nordeuropa erforderlich. Derzeit ist ein erhöhtes Aufkommen nicht erkennbar.

– Straße

Die Bundesautobahnen A 1 Puttgarden – Hamburg – Dortmund – Köln – Saarbrücken und A 7 Flensburg – Hamburg – Frankfurt/M. – Füssen

sowie die Autobahnverbindungen Rostock – Berlin – Nürnberg – München – Brennerpaß/Salzburg sind wichtige Verbindungen mit den Ostseestaaten. Die Ostseeküstenorte in Schleswig-Holstein sind im wesentlichen bereits durch vorhandene Bundesfernstraßen erschlossen, während in Mecklenburg-Vorpommern die unzulänglichen Verhältnisse durch bedeutende Fernstraßenprojekte nachdrücklich verbessert werden.

Nachstehende Projekte sind vorgesehen (teilweise begonnen oder schon fertiggestellt):

- Bau der in Ost-West-Richtung verlaufenden Ostseeautobahn A 20
- Bau einer 4. Elbtunnelröhre im Verlauf der A 7
- Ausbau der A 241 als Verbindung zwischen Wismar und Schwerin sowie der A 24 Hamburg – Berlin (begonnen 1997)
- Ausbau der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden B 404 Kiel – Schwarzenbek zur Autobahn A 21
- Neubau einer Autobahn (Nordwestumfahrung Hamburg) zur Entlastung der A 7 im Hamburger Raum
- Neubau des „Rügenzubringers“/B 96 n mit Ortsumgehung Stralsund (im August 1997 begonnen) und Strelasund-Querung (dafür wird Privatfinanzierung nach dem Betreibermodell geprüft)
- Warnow-Querung in Rostock (im September 1996 wurde ein Konzessionsvertrag für ein Betreibermodell in Privatfinanzierung geschlossen)
- Travetunnel Lübeck im Zuge der B 75 (z. Z. laufen die Vorbereitungen für eine Realisierung nach dem Betreibermodell in Privatfinanzierung)
- Magnetschnellbahn
Mit dem Bau einer Magnetschnellbahn zwischen Hamburg und Berlin sollen die notwendigen zusätzlichen Kapazitäten geschaffen werden, um das zu erwartende Verkehrswachstum zu bewältigen und das Eisenbahnnetz und insbesondere den Straßen- und Luftverkehr zu entlasten. Im Februar 1998 beginnen die Planfeststellungsverfahren. Der fahrplanmäßige Betrieb soll im Jahre 2005 aufgenommen werden.
- Flughäfen
Der ehemalige zivil mitbenutzte Militärflugplatz Kiel-Holtenau wird seit 1995 als ziviler Verkehrslandeplatz betrieben (bei militärischer Mitbenutzung in geringem Umfang). Auf dem Militärflugplatz Rostock/Laage wurde eine zivile Mitbenutzung ermöglicht. Der militärische Flugplatz Parchim ist einer zivilen Nutzung zugeführt worden.

- Seehäfen
Folgende Vorhaben bei den Seehäfen-Zufahrten sind planfestgestellt bzw. begonnen worden:

- Verbreiterung und Vertiefung des Seekanals Rostock – Warnemünde, Aufnahme des Probebetriebes 1998,
- Verbreiterung der Fahrrinne in der Wismarer Bucht,
- Verbreiterung und Vertiefung der Fahrrinne Stralsund (Ortszufahrt).
- Im Februar 1998 wurde der Ausbau des Fährhafens Saßnitz abgeschlossen.

Die verbreiterte und vertiefte Fahrrinne Wolgast (nördlicher Peenestrom) ist bereits für den Verkehr freigegeben.

In Planung befindet sich die Ersetzung des radargestützten Verkehrsleitsystems der Verkehrszentrale Warnemünde.

Der Nord-Ostsee-Kanal wird für die bisherigen Schiffsgrößen in seinem Baubestand gesichert, die Kanalanlagen und die Verkehrsführung des Kanalverkehrs werden modernisiert (Abschluß voraussichtlich 2001).

Das Verfahren zur Planfeststellung der Fahrwasseranpassung von Unter- und Außenelbe an die Erfordernisse der Containerschifffahrt steht kurz vor dem Abschluß.

- Binnenwasserstraßen
Der Anschluß des Hafens Schwedt an die Ostsee für küstengängige Seeschiffe wird durch eine Vertiefung der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße zwischen Stettin und Schwedt gefördert.

Die Bundesregierung unterstützt die EU-Kommission in ihrem Bemühen, den Zugang für EU-Fluß-Seeschiffe zu den russischen Binnenwasserstraßen zu erreichen.

- Anlagen des Kombinierten Verkehrs
In Rostock wird ein Güterverkehrszentrum (GVZ) mit integriertem Umschlagbahnhof für den Kombinierten Verkehr (KV) gebaut. In den Seehäfen Rostock, Lübeck und Kiel befinden sich Seehafenterminals des KV, über die im Seehafenhinterlandverkehr nationale und internationale KV-Verbindungen angeboten werden.

Zusätzlich zu den bestehenden Anlagen des Kombinierten Verkehrs in Hamburg sind ein seehafenbezogenes und ein stärker landbezogenes GVZ in Planung.

- Hafenhinterlandverkehr
Für den Hafenhinterlandverkehr sichert die zuvor vorgestellte Verkehrsinfrastruktur leistungsfähige Anbindung der Häfen.

b) Energiepolitik

- Stromverbünde
Stromversorgungsunternehmen der Ostseeregion führen seit längerem Gespräche über die Schaffung eines durchgehenden Stromnetzes rund um die Ostsee (Baltischer Ring).

Die Netze für einen solchen Baltischen Ring sind bereits teilweise vorhanden und erfüllen heute Aufgaben der nationalen Stromversorgung für die einzelnen Partner oder im grenzüberschreitenden bilateralen Stromaustausch.

Vom Baltischen Ring würden wichtige Impulse für die stromwirtschaftliche Integration der Ostseeregion ausgehen.

Im Rahmen des Förderprogramms Transeuropäische Energienetze hat sich die EU an der Finanzierung einer Durchführbarkeitsstudie „Baltischer Ring“ beteiligt. Die Studie, an der Versorgungsunternehmen aus Estland, Lettland, Litauen, Rußland, Weißrußland, Polen, Deutschland und den nordischen Staaten mitgewirkt haben, ist im Dezember 1997 abgeschlossen worden. An ihrer Umsetzung wird gearbeitet. Das Ergebnis der Studie wurde im Zusammenhang mit dem Treffen der Regierungschefs der im Ostseerat vertretenen Staaten am 22./23. Januar 1998 in Riga präsentiert.

Auf Unternehmensebene bestehen inzwischen vielfältige geschäftspolitische Beziehungen westeuropäischer und nordischer Versorgungsunternehmen zu der Stromwirtschaft der östlichen Ostseeanrainerstaaten. Über eine Reihe von Kooperationsabkommen erhält die dortige Versorgungswirtschaft partnerschaftliche Hilfe bei der Sicherung ihrer Versorgungsaufgaben.

- Kernkraft
In der Arbeitsgruppe für nukleare Sicherheit des Ostseerates kommen die Ostseeanrainerstaaten regelmäßig zweimal im Jahr zu Konsultationen zusammen und koordinieren ihr gemeinsames Vorgehen zur Lösung der anstehenden Probleme eventueller radioaktiver Umweltbelastung in der Region. Die Ostseestaaten verfügen über ein relativ dichtes Netz von Meßstationen zur radioaktiven Umweltüberwachung. Zusätzliche rechtsverbindliche Vereinbarungen über umfassenden Datenaustausch sind in Vorbereitung.

Die Situation hinsichtlich der Verbesserung der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes in den einzelnen Ländern in der Region stellt sich wie folgt dar:

In Deutschland werden am Standort Lubmin bei Greifswald die Stilllegungsarbeiten der fünf Blöcke des ehemaligen Kernkraftwerks (KKW) Nord wie vorgesehen zügig fortgeführt. Ein Zwischenlager für radioaktiven Abfall, der aus der Stilllegung der o. g. Blöcke stammt, ist seit 1996 in Betrieb. Ein Lager für abgebrannte Brenn-

elemente ist am Standort Greifswald im Bau. Die Inbetriebnahme soll noch in diesem Jahr genehmigt werden.

Für das RBMK-Kernkraftwerk Ignalina in Litauen wurden die international dringend empfohlenen Verbesserungen zur nuklearen Sicherheit vorgenommen. Eine von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) finanzierte vertiefte Sicherheitsbewertung des KKW Ignalina führte zu Maßnahmeplänen für weitere notwendige Verbesserungen. Gegenwärtig prüft die litauische Genehmigungsbehörde VATESI, ob eine Genehmigung für den weiteren Betrieb von Block 1 erteilt werden kann. Gegenüber der EBWE hat sich die litauische Regierung verpflichtet, die Blöcke stillzulegen, wenn sich der Spalt zwischen den Druckrohren und dem Graphit geschlossen hat. Dies wird in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende erwartet.

In Estland werden die von der Europäischen Union im Rahmen des PHARE-Programms finanzierten Arbeiten zur Sicherung der stillgelegten Uranmine in Sillamae durchgeführt. Der Schutzwall um die Uranmine wurde so gesichert, daß die Gefährdung der Umwelt in diesem Gebiet weiter wesentlich verringert wurde. Die Stilllegung und Räumung des einstigen Militärstützpunktes für nuklear angetriebene U-Boote macht Fortschritte. Zwischenlager für radioaktive Abfälle wurden errichtet, in denen die kontaminierten Schrotteile sicher zwischengelagert werden können.

In Lettland geht die Stilllegung des Forschungsreaktors in Salaspils planmäßig voran. Das dazu gehörige hoch angereicherte Uran soll zurück in das Herstellerland verbracht werden.

In Polen wird der Forschungsreaktor Eva demontiert. Dafür wurde ein Trockenlager für abgebrannte Brennelemente errichtet.

In der Russischen Föderation sind am Standort Sosnowi Bor weitere technische Nachrüstungen an den RBMK-Reaktoren durchgeführt worden, die zu einer Verbesserung der nuklearen Sicherheit in der Region führten.

Die kernenergienutzenden Staaten Schweden und Finnland unterstützen mit finanziellen Mitteln sowie mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen insbesondere Litauen bei der Lösung der Probleme im KKW Ignalina. Mit ihren Betriebsergebnissen und niedrigen Emissionswerten liegen die schwedischen und finnischen Kernkraftwerke im internationalen Rahmen in der Spitzengruppe.

- Zu Wasserkraft, Kohle, regenerativen Energieträgern sind der Bundesregierung keine größeren Vorhaben in der Region bekannt geworden.

– Pipelines

Die EU finanziert eine Studie, die die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein geschlossenes Erdgasversorgungssystem der Ostseeanrainerstaaten untersuchen soll.

c) Tourismuspolitik

Der Tourismus ist in besonderer Weise geeignet, zur wirtschaftlichen Entwicklung im Ostseeraum und zur Förderung der Kontakte zwischen den Menschen beizutragen. Deshalb ist die Förderung des Tourismus ausdrücklicher Bestandteil der „Initiative für den Ostseeraum“ der EU-KOM und des Arbeitsprogramms des Ostseerates von Kalmar.

Der Tourismus profitiert von günstigen staatlichen Rahmenbedingungen wie der Freizügigkeit des Reisens oder der gezielten planerischen und infrastrukturellen Entwicklung, seine Ausgestaltung ist jedoch vorrangig Aufgabe der Wirtschaft.

Die Ostsee und ihre Küsten haben in den letzten Jahren als Zielregion für den internationalen Tourismus erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies gilt ebenso für den Badetourismus, der sich vor allem an der südlichen Küste rasch entwickelt, wie für den Wassersport, der in der gesamten Region wächst. So gibt es allein an der deutschen Ostseeküste inzwischen über 110 000 feste Liegeplätze für den Bootssport. In Schweden sind über 600 000 Motorsportboote registriert, die vor allem in Küsten- und Inselgewässern verkehren. Auf dem Gebiet der Kreuzfahrten liegt der Ostseeraum bereits im internationalen Spitzenfeld.

Allerdings ist das Problem der zunehmenden Bebauung der Küsten zu beachten. Nach einer Studie im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz vom Anfang 1997 hat Europa zwischen 1900 und 1990 etwa 43 Prozent seiner Dünen infolge des Tourismus verloren. Während die Verluste in einigen Mittelmeerländern bis zu 80 % betragen, verzeichnen die deutschen Nord- und Ostseeküsten in diesem Zeitraum einen Rückgang der Dünen um 15 bis 20 %.

Daher haben die für Raumordnung und Raumentwicklung zuständigen Minister „Gemeinsame Empfehlungen für die Raumordnung in der Küstenzone der Ostseeregion“ beschlossen (Stockholmer Konferenz 1996). Diese sehen die Durchführung von Raumordnungsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben vor, um die Zersiedlung der Küstenlandschaft zu vermindern und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Küstenstädte zu sichern.

Die Bundesregierung hat außerdem eine internationale Fachkonferenz unterstützt, welche die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e. V. im November 1997 in Binz veranstaltet hat.

Die Konferenz beschloß „Rügener Empfehlungen“ für ein ökologisch tragfähiges Management des Küstentourismus als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum an alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure des Tourismus in den Ostseestaaten. Damit wird zugleich ein deutscher Bei-

trag zur „Agenda 21 für den Ostseeraum“ (BALTIC 21) geleistet. Es handelt sich um die weltweit erste regionale „Agenda 21“, in der der Tourismussektor u. a. einen Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit bildet.

Die Baltic Sea Tourism Commission (BTC) als Zusammenschluß und Interessenvertretung der Tourismusunternehmen und -organisationen koordiniert die Aktivitäten im Tourismusbereich und hat ein Programm zur Entwicklung des Tourismus erstellt. Wichtiger Bestandteil dieses Programms ist die touristische Ausgestaltung der großen Routen „Via Baltica“ und „Via Hansa“, an denen bereits seit längerer Zeit gearbeitet wird, wie auch die Entwicklung neuer touristischer Routen wie der „Bernsteinroute“ oder der „Wikingerstraße“, die den Tourismus über die Grenzen hinweg fördern sollen.

d) Umweltpolitik (Ostseeaktionsprogramm)

Die Helsinki-Kommission (HELCOM) hat 1992 das Internationale Ostseeaktionsprogramm etabliert. Zur Umsetzung arbeiten alle HELCOM-Vertragsparteien und die zum Einzugsgebiet der Ostsee zählenden Staaten, Internationale Finanzierungsinstitutionen sowie die Internationale Ostseefischerei-Kommission (IBSFC) zusammen. Ziel dieses auf 20 Jahre angelegten Programms mit einem vorgesehenen Gesamtinvestitionsvolumen von 18 Mrd. ECU (ungefähr 36 Mrd. DM) ist es, mit Schwerpunktmaßnahmen die ökologisch dringend erforderliche Sanierung der Ostsee voranzubringen. Das Programm beschreibt den bedrohlichen Zustand der Ostsee und nennt dessen Ursachen. Es stellt klar, daß neben den bekannten Schadstoffeinträgen aus dem industriellen Sektor und den mangelhaften oder fehlenden Kläranlagen die Einträge aus der Landwirtschaft bzw. der Luft Hauptproblempunkte sind. Das Programm umfaßt 132 Schwerpunkte, die sogenannten „hot spots“, in denen vorrangige Maßnahmen erforderlich sind.

Zuerst sollen die Sanierungen, wie z. B. der Bau von Kläranlagen, vorgenommen werden. Allein für die vorrangigen Maßnahmen in Deutschland werden etwa 350 Mio. ECU (ungefähr 700 Mio. DM) veranschlagt. Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die Gesamtkosten bei der kommunalen Abwasserbehandlung für das deutsche Einzugsgebiet der Ostsee auf 4 bis 6 Mrd. DM.

Um die Effektivität und Wirksamkeit zu erhöhen, haben die Regierungschefs der Ostseestaaten in Visby im Mai 1996 die Überarbeitung des Programms in Auftrag gegeben.

Die Bereiche, die besonderer Aktivitäten bedürfen (z. B. Politik/Gesetzgebung; Umweltmanagement/Behördenaufbau; Punktquellen [Kläranlagen], diffuse Quellen [insbesondere Landwirtschaft/Verkehr]; Umweltbildung und -erziehung; angewandte Forschung; Küstengewässer und Feuchtgebiete), verzeichnen bereits Erfolge. Gleichwohl sind die Maßnahmen noch nicht abgeschlossen. Gleiches gilt für die Arbeiten an den o. g. 132 Sanie-

rungsschwerpunkten („hot spot-Liste“). Fünfzehn der ursprünglichen „hot spots“, zum überwiegenden Teil industrielle und kommunale Kläranlagen, konnten bereits saniert und aus der Liste gestrichen werden; dazu zählen auch drei der von Deutschland benannten neun kommunalen Kläranlagen (Greifswald, Rostock, Stralsund). Die Überarbeitung des Programms soll auch die Möglichkeit eröffnen, neu als Schwerpunkte einzustufende zusätzliche Sanierungen in die Liste aufzunehmen.

8. Welche Erfolge wurden bisher bei der ökologischen Sanierung erreicht?

Haben sich hieraus ökonomische Perspektiven ergeben?

Die geographischen, chemischen, physikalischen und hydrologischen Besonderheiten der Ostsee (annähernd Binnenmeer/Tiefenbecken/geringer, witterungsabhängiger Wasseraustausch) erschweren eine ökologische Sanierung der Ostsee. Außerdem können die Einträge bestimmter Schadstoffe in die Ostsee trotz intensiver nationaler und internationaler Meß- und Überwachungstätigkeiten nur annäherungsweise ermittelt werden.

HELCOM erstellt in Fünf-Jahres-Intervallen sog. Periodische Zustandsberichte. Vor wenigen Monaten ist der dritte dieser Berichte für den Zeitraum 1989 bis 1993 veröffentlicht worden. Aus ihm sind Trends herauszulesen, welche keine eindeutige Gesamtentwicklung markieren, nach Belastungsquellen geordnet jedoch fundierte Aussagen ermöglichen.

So wurde das 1988 von den Umweltministern der HELCOM-Vertragsstaaten vorgegebene 50 %-Reduzierungsziel hinsichtlich des Eintrags einzelner Stoffe in die Ostsee bei Phosphor erreicht. Bei Stickstoff ist hingegen ein klarer Trend nicht erkennbar. Wetterbedingt kommt es bei den Flußeinträgen und solchen über den Luftpfad von Jahr zu Jahr zu erheblichen Fluktuationen. Die landseitigen Einträge werden als rückläufig, die atmosphärischen Einträge hingegen als zunehmend eingeschätzt. Für die gefährlichen Stoffe kann folgendes festgestellt werden:

Hinsichtlich der Schwermetalle Cadmium, Kupfer, Quecksilber und Blei ergeben sich, abhängig vom jeweiligen regionalen Teilbereich der Ostsee, sowohl deutliche Reduzierungs-, aber auch steigende Tendenzen.

Polychlorierte Biphenyle (PCBs) haben in Fischen, Vögeln und Meeressäugern um ca. 10 % abgenommen; Ursache für diesen Rückgang der Schadstoffbelastung sind Produktionsverbote und Verwendungsbeschränkungen im HELCOM-Gebiet. Gleichwohl ist das PCB-Niveau in der Ostsee noch um einiges höher als das der Nordsee. Die DDT-Belastung in Meeressäugern ist im Laufe der letzten 25 Jahre deutlich reduziert worden. Gleiches gilt für die Konzentration von Lindan im Ostseewasser.

Auch die Badegewässer-Qualität hat sich in vielen Fällen verbessert; die Anzahl der Strände mit zwei-

felhafter Wasserqualität oder zum Baden ungeeigneter Qualität hat sich verringert. Diese Verbesserung ist in besonderem Maße auf neue oder verbesserte Abwasserbehandlungsanlagen zurückzuführen. Trotz dieser Verbesserungen wird die Badequalität in vielen geschützten Küstengewässern durch die Anreicherung an Stickstoff und die daraus resultierende Algenblüte und treibende Algen eingeschränkt.

Daneben sind im Bereich des Naturschutzes bereits nennenswerte Erfolge erzielt worden. So wird derzeit ein Netz besonders geschützter Gebiete (sog. Baltic Sea Protected Areas – BSPAs) erstellt, innerhalb dessen die HELCOM-Vertragsstaaten Gebiete von besonderem Wert ausweisen.

Hinsichtlich des Fischbestandes sind deutliche Aussagen möglich. In der westlichen Ostsee erholt sich der Kabeljaubestand von seinem historischen Tief von 1992, in der zentralen Ostsee liegt der Bestand außerhalb der sicheren biologischen Grenze, so daß eine nachhaltige Erholung nur durch konsequente Schonung des Bestandes erreicht werden kann. Bei der Lachsfischerei sind die Höchstfangmengen von 1990 rückläufig, die Wildlachsbestände haben abgenommen. Herings- und Sprottenbestände werden grobenteils als innerhalb der biologisch sicheren Grenzen liegend geschätzt.

Die ökologische Sanierung bietet – nicht nur im Bereich der Ostsee – auch eine positive ökonomische Perspektive. Die Durchführung von Sanierungsprojekten schafft Arbeitsplätze, unterstützt mit ihr beauftragte Unternehmen in der Region und trägt zum Know-how-Transfer bei. Der Erfolg von Sanierungsprojekten eröffnet unmittelbar ökonomische Möglichkeiten der Region im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, z. B. im Bereich des Tourismus. Aber auch für indirekt vom Zustand der Umwelt betroffene Wirtschaftsbereiche stellt erst eine ökologisch sanierte Region einen hinreichenden Rahmen für langfristige Investitionsentscheidungen dar.

Gleichzeitig bietet die begonnene durchgreifende Modernisierung der Wirtschaft in der Russischen Föderation, den baltischen Staaten und in Polen auch die Chance zur Entkoppelung der Umweltbelastung von dem zu erwartenden erheblichen Wirtschaftswachstum. Diese Chance muß durch eine möglichst frühe und breite Berücksichtigung von Umweltaspekten in den Planungs- und Investitionsentscheidungen auf Regierungs-, Verwaltungs- und privatwirtschaftlicher Ebene genutzt werden.

9. Inwieweit bestehen im Ostseeraum Gefahren und Risiken durch veraltete und andere atomare oder chemische Anlagen bzw. durch chemische Kampfstoffe aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges oder durch Altlasten aus ehemaligen Militäranlagen?

Die Helsinki-Kommission (HELCOM) hat 1994 einen von allen Ostseeanrainerstaaten getragenen Bericht „Report on Chemical Munitions dumped in the Baltic Sea“ verabschiedet. Danach ist eine großräumige Gefährdung des marinen Ökosystems sowie eine Gefähr-

dung der Küsten durch angeschwemmte Kampfstoffe nicht gegeben und sind die von einer Bergung der chemischen Kampfstoffe ausgehenden Risiken ungleich größer als die Gefahren für Mensch und Umwelt bei einem Verbleib auf dem Meeresgrund. Wegen der Einzelheiten wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 17. Mai 1996 (Drucksache 13/4652) verwiesen. Diese Einschätzung wurde erst im Oktober 1997 auch von einer NATO-CCMS Arbeitsgruppe bestätigt (CCMS = Committee for the Challenges of Modern Society/Umweltausschuß der NATO).

Um Gewißheit zu erlangen, daß im deutschen Hoheitsbereich auf den Zufahrtswegen zu dem Versenkungsgebiet bei Bornholm keine Kampfstoffmunition lagert, hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) zum Teil mit Unterstützung der deutschen Marine weitere Untersuchungen durchgeführt. Bisher haben sich keine Hinweise auf Kampfstoffmunition ergeben. Die Ergebnisse werden zur Zeit im Detail ausgewertet.

Die Risiken der nuklearen Anlagen in Estland (Uranmine Sillamae, Ausbildungsanlage für nukleargetriebene U-Boote in Paldiski), in der Russischen Föderation (KKW Sosnowi Bor) und in Litauen (KKW Ignalina) sind erkannt und mittlerweile erheblich vermindert bzw. beseitigt worden (s. auch Antwort auf Frage 7 b).

Im Hinblick auf Gefahren und Risiken durch chemische Anlagen liegen der Bundesregierung außer für Deutschland keine Erkenntnisse vor. Von deutschen Anlagen gehen nach Kenntnis der Bundesregierung keine unvermeidbaren Gefahren oder Risiken aus.

In Deutschland liegt die Verantwortlichkeit für Altlasten grundsätzlich bei den Ländern. Für ehemalige militärische Anlagen, die sich auf Liegenschaften des Bundes befinden, führt die Landesbauverwaltung die Gefahrenforschung und -abwehr nach anerkannten, bundeseinheitlichen Verfahren auf Kosten des Bundes durch. Es kann festgestellt werden, daß von Anlagen in Deutschland keine Gefahren oder signifikante Risiken ausgehen.

Zur Situation bei militärischen Altlasten in den anderen Staaten des Ostseeraumes liegt der Bundesregierung keine lückenlose Übersicht vor. Auch die Mehrzahl der anderen Anrainerstaaten haben Programme zur Untersuchung und Bewertung ihrer militärischen Altlasten aufgelegt. Dies gilt zum Beispiel auch für die Russische Föderation, die im Rahmen des „ökologischen Programms der Streitkräfte“ die Umweltbelastungen aus militärischen Anlagen erfaßt. Ohne eine Einschätzung möglicher Gefährdungen im Detail geben zu können, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Gefährdungen allenfalls im regionalen oder lokalen Rahmen bestehen und daß diese bei konsequenter Durchführung der angelaufenen Programme minimiert werden können. Nach ihrer Auffassung hat bereits die Einstellung des militärischen Betriebs auf einer Vielzahl ehemaliger Militärstandorte zu einer deutlichen Entlastung der Umwelt im Ostseeraum geführt.

10. Welche Entwicklungen hat es in dieser Großregion in nachfolgenden Bereichen zwischen 1991 und 1996 gegeben:

- a) in der industriellen Fertigung,
- b) im Dienstleistungssektor,
- c) im Tourismus,
- d) im Agrarsektor,
- e) im Fischfang?

a) Industrielle Fertigung

Folgende Aktivitäten aus diesem Bereich in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sind bekannt:

- Forschungsaktivitäten in der Schiffbauindustrie in Wismar und Rostock
- Ein Projekt zur Entwicklung und Verbesserung des Einsatzes der modernen Datentechnik im Bereich des Handwerks Sanitär-Heizung-Klima (Großbetrieb in dieser Anlagentechnik) in Torgelow
- In Schwarzenbek wurde ein Projekt zur Verbesserung der Produktion von hochwertigen Werkzeugen durchgeführt.

Ein von der Bundesregierung Ende 1996 in Riga durchgeführter Forschungskongreß hat für die bilaterale Zusammenarbeit in der Forschung zahlreiche Impulse und Anknüpfungspunkte ergeben, die bereits in konkrete Projekte eingemündet sind. So hat mit Lettland ein Projekt zwischen der Universität Kaiserslautern und einem AdW-Institut in Riga begonnen, in das vor allem junge Nachwuchswissenschaftler einbezogen werden. Auch durch die Möglichkeit zur „Nutzung westlicher elektronischer Datenbanken im Bereich Naturwissenschaft und Technik durch industrielle Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen“ sowie die Schaffung eines Zugangs zum Deutschen Forschungsnetz (DFN) für Wissenschaftseinrichtungen wurde die Forschung in Polen und in den baltischen Staaten gestärkt. Beim Projekt zur „Nichtlinearen Dynamik heterogener Festkörper mit Mikrostruktur“, bei der auf deutscher Seite die Technische Hochschule in Aachen federführend ist, wird eine leistungsfähige Forschergruppe in Estland, unter Leitung der Estnischen Akademie der Wissenschaften, unterstützt. Hinzu kommen die Projekte zu „Primären Prozessen der Fotosynthese“ oder zur „Struktur- und Funktionsuntersuchung von Peptidhormonrezeptoren“. Hier sind u. a. das Institut für Physik der Akademie der Wissenschaften in Wilna oder der Bereich Biochemie/Biophysik der Universität Wilna die Partner. Darüber hinaus befindet sich das Investment- und Kooperationsforum für technologieorientierte Unternehmen aus Estland, Lettland, Litauen und Deutschland, welches im Juni 1998 in Berlin stattfinden soll, in der konkreten Vorbereitungsphase. Derzeit laufen mit den baltischen Staaten 27 Projekte im Rahmen der klassischen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (WTZ).

Mit der Entwicklung neuer Berufsbilder wie das des Bankkaufmanns oder der Unterstützung einer schweißtechnischen Kurs- und Prüfungsstätte konnte die Entwicklung moderner marktorientierter Wirtschaftsstrukturen vorangetrieben werden.

Die Bundesregierung förderte im Forschungsbereich in enger Kooperation mit dem polnischen Staatskomitee für wissenschaftliche Forschung Projekte in Polen zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur. Dazu gehörte die Beratung von Forschungseinrichtungen im polnischen Ostseeraum zu Fragen der marktorientierten Ausrichtung und moderner organisatorischer und rechtlicher Strukturen.

Im Bereich der beruflichen Bildung förderte die Bundesregierung sowohl die Einrichtung einzelner Berufsbildungszentren als auch die Reform bzw. Neueinführung ganzer Ausbildungsgänge in Polen. Im polnischen Ostseeraum sind insbesondere zu nennen: Das „Modellzentrum der Berufsbildung der Handwerkskammer in Allenstein“, die Förderung der kaufmännischen Berufsausbildung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen u. a. in Stettin und Köslin und schließlich der Modernisierung der Aus- und Weiterbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe mit Schwerpunkt im Raum Köslin an der polnischen Ostseeküste.

b) Dienstleistungssektor

In der westlichen Ostseeregion stellt der Dienstleistungssektor gegenüber Landwirtschaft und Industrie den größten Arbeitgeber dar, der auch den größten Anteil am BIP hat. Alle diese Anrainerstaaten verfügen über einen großen finanziellen Dienstleistungssektor (z. B. 18 % des BIP in Finnland und Schweden).

In Dänemark hat die Ausfuhr von Dienstleistungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Die dänischen Exportunternehmen betätigen sich vor allem in den Bereichen Transport, EDV-Programme, Beratung und bei sozialen Diensten. Den Hauptteil machen derzeit Beförderungsleistungen aus. Die Steigerung im Dienstleistungssektor ist primär der Nachfrage seitens der Nachbarländer zuzuschreiben, darunter insbesondere Deutschlands. Insofern wirkt sich die langjährige Mitgliedschaft Dänemarks in der EU positiv auf die Funktion als Dienstleistungsstandort aus.

Die breite industrielle Basis, über die Schweden verfügt, bildet die Grundlage für die Dynamik von Dienstleistungsunternehmen. Schweden ist insbesondere führend auf dem Sektor Informationstechnologien. In den Bereichen Telekommunikation, Software, Consulting, EDV-Service wurden hohe Zuwachsraten erzielt.

Finnland hat eine gut entwickelte Infrastruktur. Das leistungsfähige Hafensystem sowie das verfügbare Eisenbahn- und Straßennetz haben dazu geführt, daß das Land zunehmend für den Transitverkehr nach Rußland interessant geworden ist. Helsinki ist ab 1995 Sitz eines World Trade Centers – die finnische Hauptstadt möchte sich als internationales Handels-, Dienstleistungs- und Informationszen-

trum profilieren und gleichzeitig zu einer Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa werden.

Im deutschen Ostseeraumgebiet liegt der Schwerpunkt der Dienstleistungen vor allem auf Handel, Transport, Gesundheitswesen sowie rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen. Im Bereich der Förderung moderner Dienstleistungen ist z. Z. in Schöneberg (Mecklenburg-Vorpommern) zur Förderung der Dienstleistungsthematik im Handwerk ein Teil eines Verbundprojektes angesiedelt.

Verglichen mit der westlichen Ostseeregion ist die Entwicklung in den Ländern der östlichen Ostseeregion noch nicht so weit fortgeschritten. Der Agrarbereich ist nach wie vor dominanter Wirtschaftszweig; der Dienstleistungssektor ist noch schwach besetzt. So hat der Dienstleistungssektor in Nordpolen noch lange nicht seine Entwicklungspotentiale genutzt.

Die Entwicklung des Dienstleistungssektor in der Russischen Föderation leidet besonders unter dem mangelnden Fortschritt bei den notwendigen Reformen im Bereich der Wirtschaftsgesetzgebung. Im Bankenwesen sowie im Groß- und Einzelhandel haben zwar erste Privatisierungsansätze stattgefunden, die Situation ist jedoch insgesamt sehr unübersichtlich.

In Estland und Lettland ist eine positive Entwicklung bei den Dienstleistungen zu verzeichnen. Insbesondere entwickelten sich die Transportleistungen. In Litauen erschwert eine Bestimmung, nach der die Gründung von Kleinbetrieben nur noch nach Lizenzerwerb erfolgen darf, die weitere Entwicklung des Dienstleistungssektors.

c) Tourismus

Die verfügbaren statistischen Daten zum Tourismus im Ostseeraum liegen unvollständig vor und sind deshalb nur unter Vorbehalt vergleichbar. Dennoch wird deutlich, daß der internationale Tourismus in den vergangenen Jahren in den meisten Ostseeländern einen deutlichen quantitativen Aufschwung genommen hat.

Die Welttourismusorganisation weist für die Länder im Ostseeraum die Ankünfte ausländischer Touristen wie folgt aus:

Touristenankünfte in Tausend (D, RUS und PL insgesamt gerechnet)

	1992	1993	1994	1995	1996
Deutschland	15 913	14 348	14 494	14 847	15 205
Dänemark	1 543	1 569	1 585	1 614	1 794
Schweden	650	1 682	1 960	2 310	2 374
Finnland	790	798	833	835	894
Russ. Föderation	3 009	5 896	5 823	9 262	14 587
Estland	372	470	550	530	504
Lettland	35	75	90	95	97
Litauen	325	324	222	211	832
Polen	16 200	17 000	18 800	19 200	19 420

Studien und Schätzungen gehen davon aus, daß der größte Teil der touristischen Nachfrage bisher aus der Region selbst kommt.

d) Agrarsektor

In den ehemals zum Ostblock gehörenden Ostseestaaten hat seit den Wirtschaftsreformen ein erheblicher Transformationsprozeß stattgefunden, der insbesondere auch den Agrarsektor erfaßt. In fast allen Ländern ist die Privatisierung fortgeschritten und in Estland sogar weitgehend abgeschlossen. Die landwirtschaftliche Produktion mußte in diesen Staaten im Zuge des Reformprozesses insbesondere im tierischen Sektor starke Einbußen erleiden. In den letzten Jahren hat sich die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten erhöht. Die landwirtschaftliche Erzeugung beginnt sich zu stabilisieren und erreicht vornehmlich im pflanzlichen Bereich z. T. wieder das Niveau vom Ende der 80er Jahre.

Mit den baltischen Staaten und Polen bestehen Europa-Abkommen, die eine Heranführung dieser Staaten an die EU und ein breites Spektrum von Handelspräferenzen beinhalten. Wie der Gesamthandel hat sich auch der Agrarhandel zwischen den östlichen und westlichen Ostseestaaten in den letzten Jahren sprunghaft entwickelt. Allerdings besteht aus Sicht der östlichen Staaten insbesondere bei Agrargütern ein Einfuhrüberschuß, für den diese Länder die weitgehende Marktliberalisierung und der starke Subventionsabbau verantwortlich machen. Einige dieser Länder versuchen dem durch eine restriktive Importpolitik entgegenzuwirken.

e) Fischfang

Die Fischanlandungen der Anrainerstaaten aus der Ostsee sind insgesamt im Zeitraum 1991 bis 1996 von ca. 524 000 auf 866 000 t angestiegen. Dabei steht einem Rückgang der Lachsfänge (von ca. 2 400 auf ca. 1 600 t) und der Heringsfänge (von ca. 279 000 auf ca. 253 000 t) eine Zunahme der Sprottenfänge (von ca. 103 000 auf ca. 440 000 t) und der Dorschfänge (von ca. 140 000 auf ca. 172 000 t) gegenüber.

Der Anstieg der Entnahmen aus der Ostsee korrespondiert mit dem starken Rückgang der Fernfischerei der östlichen Ostseeanrainer und der dort eingeleiteten Privatisierung der Fischwirtschaft sowie mit den Einbrüchen in der traditionellen Rohwarenversorgung und den früheren Absatzwegen besonders innerhalb der ehemaligen Sowjetunion.

11. Welche bedeutenden Forschungseinrichtungen sind in dieser Großregion tätig?

In den Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hansestadt Hamburg sind folgende bedeutenden Forschungseinrichtungen tätig:

Schleswig-Holstein

Institut für Weltwirtschaft (IfW); Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN); Forschungszentrum Borstel – Zentrum für Medizin und Biowissenschaften (FZB), Institut für Meereskunde (IfM); Forschungszentrum für Marine Geowissenschaften (GEOMAR); Biologische Anstalt Helgoland (BAH);

GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH (GKSS); Max-Planck-Institut für Limnologie; Fraunhofer Institut für Siliciumtechnologie (ISIT); Bundesanstalt für Milchforschung (BAM); Institut für Tourismusforschung NIT; Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften; European Centre for Minority Issues (ECMI).

Mecklenburg-Vorpommern

Branchentechnologietransferzentrum; Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald (Institut für Baltistik); Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) an der Universität Rostock; Fernerkundungsstation Neustrelitz; Max-Planck-Institut für Plasma-Physik – Teilinstitut Greifswald; Max-Planck-Institut für Demographische Forschung; Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung; Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere; Universität Rostock: Institut für Verkehr und Logistik; Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus; Institut für Ostseeforschung; Institut für Fertigungstechnik.

Hansestadt Hamburg

Deutsches Klimarechenzentrum (DKRZ); Deutsches Elektronensynchrotron (DESY); Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH); Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg (HWWA); Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen; Bundesforschungsanstalt für Fischerei; Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft; Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) Hamburg.

Zu den Forschungseinrichtungen in Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen sowie den Küstenregionen Rußlands und Polens s. Anlage 3.

12. In welchen Sektoren hat die Ostseeregion

- Potentiale,
- Entwicklungschancen,
- Perspektiven?

Potentiale liegen wegen des hohen Ausbildungsstands der Bevölkerung vor allem in technologisch anspruchsvollen Industrien, aber auch in traditionellen Industrien, die die Rohstoffbasis nutzen; ferner wegen der landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Sehenswürdigkeiten im Fremdenverkehr.

Entwicklungschancen bietet der enorme Modernisierungsbedarf der Transformationsländer in ihrer Infrastruktur und Wirtschaft. Ein großes Entwicklungspotential liegt im Energiesektor u. a. in Forschung, Technologie und Innovation. Hinzuweisen ist auch auf das Zusammenwachsen des Ostseeraums insbesondere im Rahmen der Transeuropäischen Energienetze. Dem großen Potential für den Ausbau des Wirtschaftsverkehrs entsprechen die durchweg weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten im Handel mit den östlichen Ostseestaaten.

Perspektiven bietet u. a. die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Entwicklungskonzepte für den Ostseeraum soll ein „Nordeuropa Netzwerk der Technologiezentren“ entstehen mit dem Ziel, den Zugang zu Fachwissen, Unternehmensprofilen, Kooperationen, spezifischen Managementenerfahrungen u. a. m. den Beteiligten zu erschließen.

Der Ostseeraum mit seinen Häfen erfüllt bedeutende Brücken- und Schnittstellenfunktionen für den Verkehr. Verbesserte Verkehrsinfrastrukturen einschließlich ihrer Verknüpfungspunkte bieten erhebliche Chancen als Entwicklungsachsen und Ausgangspunkte für räumliche Entwicklung.

So hat die Bundesregierung in den Jahren 1991 bis 1996 über 11 Mrd. DM in die Verkehrsinfrastruktur Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns investiert. Weitere Maßnahmen für den Ausbau der Verkehrswege der Ostseeregion sind im Bundesverkehrswegeplan ausgewiesen.

Perspektiven liegen ferner vor allem in den Europaabkommen der EU mit den assoziierten Ostseestaaten und dem sich abzeichnenden Beitritt dieser Staaten zur EU sowie in der Ausfüllung und Weiterentwicklung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der EU mit Rußland.

Die Heranführung der mit der EU assoziierten Staaten hat bereits beachtliche Fortschritte gebracht. Dabei haben sich sowohl die Europäische Union als auch die westlichen/nördlichen Ostseeanrainer in erheblichem Maße engagiert.

Die baltischen Staaten und Polen haben gute Chancen im Wettbewerb der Investitionsstandorte. Die Standortvorteile in diesen Ländern bestehen z. Z. vorrangig in niedrigen Arbeitskosten und einer gut ausgebildeten Arbeitnehmerschaft und bei Polen im aufnahmefähigen Markt. Der schrittweise Ausbau der Infrastruktur und eine Anbindung an die Transeuropäischen Netze werden die Standortbedingungen in diesen Ländern weiter verbessern.

Die außenpolitischen Rahmenbedingungen im Ostseeraum bieten gute Voraussetzungen für eine modellhafte regionale Zusammenarbeit unter Einschluß Rußlands.

Das Operationelle Programm zur Durchführung der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C Ostsee beinhaltet darüber hinaus eine detaillierte Analyse der Potentiale, Schwächen, Chancen und Risiken für die Ostseeregion aus raumentwicklungspolitischer Sicht.

13. Welches Konzept bzw. welche Entwicklungskonzepte sind für diesen Raum vorgesehen?

1994 ist ein Rahmenkonzept zur Raumentwicklung in der Ostseeregion (VASAB 2010) auf Ministerebene der Ostseeanrainerstaaten beschlossen worden, das 1996 in einzelnen Problembereichen des Ostseeraums vertieft wurde. Es handelt sich um langfristige ausgerichtete Entwicklungskonzepte für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen des gesamten Raumes.

Gemeinsame Grundwerte, die auf die Verbesserung der Lebensqualität abzielen, bilden den Rahmen für das Leitbild, das wiederum in eine Anzahl von Zielen aufgefächert wird. Diese beziehen sich auf ein Städte-System und die verbindende technische Infrastruktur, auf spezifische Gebiete, wie Grenz- und Naturräume und Koordinationsaufgaben der Raumordnung. Sie wurden 1996 mit der Stockholmer Erklärung über eine nachhaltige Raumentwicklungspolitik und Empfehlungen für die Raumordnung in der engeren Küstenzone ergänzt.

Für transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung hat die Europäische Kommission am 11. Dezember 1997 das Operationelle Programm für den Ostseeraum der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C genehmigt. Das Programm bezieht als weitere Regionen Berlin, Brandenburg und Teile des Regierungsbezirks Lüneburg ein; auch in anderen Staaten gibt es unterschiedliche Abgrenzungen. Die Vorbereitung für dieses Programm erfolgte durch die Zusammenarbeit der Raumordnungsminister der Ostseeregion und wurde wesentlich durch das Programm TRANSFORM der Bundesregierung gestützt. Deutschland arbeitet im Rahmen von INTERREG II C neben den EU-Staaten Dänemark, Finnland, Schweden mit allen Staaten der Ostsee zusammen. Insgesamt werden in diesem Programm zwischen 1998 und 2001 rund 48 Mio. ECU für raumentwicklungspolitische Projekte verausgabt.

Die Verkehrsminister der Ostseestaaten verständigten sich auf ihrer letzten Konferenz darüber, den Verkehrsträger Schiff im Ostseeraum nachhaltig zu fördern und durch die Integration aller Verkehrsträger durchlässige Transportsysteme zu schaffen, um die starke Belastung der Straße abzufangen. Verkehrspolitisches Ziel ist die Verkehrsverlagerung auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Seeschifffahrt, Fluß-See-Schifffahrt und Schiene.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat am 1. Juli 1997 ein Konzept für die auswärtigen Angelegenheiten verabschiedet, das als Schwerpunkte die Beziehungen zu Polen sowie den nordischen und baltischen Staaten festlegt. Das Konzept sieht z. B. Unterstützung der deutsch-polnischen Euroregion POMERANIA vor.

II. Deutschland und die Ostseeregion

14. Welche Bedeutung hat der Wirtschaftsraum Ostsee für Deutschland?

Der Wirtschaftsraum Ostsee hat trotz begrenzter Bevölkerungszahl erhebliche Bedeutung für den Handel, die Investitionen und die Dienstleistungen.

Am deutschen Gesamthandel hatten die Ostseestaaten 1995 und 1996 einen Anteil von ca. 9 %. Deutschlands wichtigste Handelspartner sind Schweden, Dänemark, Polen und Rußland (die letzten beiden Staaten insgesamt gerechnet). Deutschland nimmt als Handelspartner von Polen, Dänemark, Schweden und Finnland

die erste und von Lettland und Litauen sowie Rußland die zweite Stelle ein. Für Estland ist Deutschland der viertwichtigste Handelspartner.

Besondere Bedeutung hat der Handel mit den Ostseestaaten für die Bundesländer der Ostseeregion. Über 50 % der Einfuhren und ca. 30 % der Ausfuhren des Landes Mecklenburg-Vorpommern entfallen z. B. auf die Ostseestaaten.

Auf die Region richtet sich zudem ein zunehmendes Interesse norddeutscher Investoren, vor allem auch von KMU. Von den gesamten Direktinvestitionen in Höhe von 2,8 Mrd. DM, die Hamburger Unternehmen in den Jahren 1994 und 1995 im Ausland getätigt haben, entfielen 12 % (388 Mio. DM) auf die vier nordischen Länder sowie Polen und Rußland. Nordische Investoren ihrerseits halten z. B. in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Anteil von 40 % den ersten Platz unter den ausländischen Investoren.

Auch im Dienstleistungsbereich stehen viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit offen. Als Beispiel seien hier der Tourismus und die Schifffahrt genannt. Hier kooperieren die Ostseestaaten insbesondere mit Deutschland als Transitland, sowohl bei Transporten von Wirtschaftsgütern auf Schiene und Straße, als auch auf dem Seewege über die deutschen Ostseehäfen und über Hamburg.

15. Welche Entwicklung hat es im Handel der einzelnen Ostseeanrainer mit der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 1996 gegeben?

Der Warenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostseestaaten¹⁾ hat sich in den letzten Jahren zum Teil ganz erheblich gesteigert, insbesondere der Handel mit den baltischen Staaten sowie Rußland und Polen. Im Zeitraum 1993 bis 1996 erhöhte sich der Handel mit den Ostseeanrainern insgesamt um 31 %, die Exporte stiegen um 37 % und die Importe um 25 %. Bedeutende Zuwachsraten erreichte der Handel von 1992 bis 1996 mit Estland (+ 270 %), Lettland (+ 127 %) und Litauen (+ 212 %). Die höchsten Zuwachsraten gab es wegen der niedrigen Basis in den Jahren 1993 bis 1995. Der Handel mit Polen wuchs von 1991 bis 1996 um 81 %. Polen ist inzwischen bedeutendster Handelspartner Deutschlands in Mitteleuropa. Mit Rußland stieg der Handel von 1993 bis 1996 um 21 %.

Mit Dänemark, Schweden und Finnland blieb der Handel relativ konstant. Ein Rückgang des Handels mit diesen Ländern im Jahr 1993 wurde 1994 und 1995 wieder ausgeglichen.

Die Handelsbilanzsalden Deutschlands mit Dänemark, Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Polen waren in den letzten vier Jahren positiv. Mit Finnland war der Handelsbilanzsaldo 1996 (nach negativen Zahlen der Vorjahre) wieder positiv. Mit Rußland haben wir einen

¹⁾ Handelszahlen Deutschlands mit den baltischen Staaten werden vom Statistischen Bundesamt ab 1992 erfaßt, mit Rußland ab Mai 1992

Negativsaldo, bedingt durch hohe Erdgas-, Erdöl- und Kraftstoffimporte.

Zu Einzelheiten der Entwicklung des Handels der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostseestaaten s. Anlage 4.

16. Welche Entwicklungsmöglichkeiten zeichnen sich ab?

Die positive Entwicklung des deutschen Handels mit den Ostseestaaten wird sich nach Auffassung der Bundesregierung weiter fortsetzen. Dies zeichnet sich bereits in der Entwicklung des Warenhandels der ersten 10 Monate des Jahres 1997 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ab.

So stieg der Warenhandel mit Dänemark um 5 %, mit Finnland um 7 %, und mit Schweden um 3 %. Deutsche Haupteinfuhrgüter aus diesen Staaten sind Papier und Pappe (aus Finnland und Schweden) sowie Maschinen und Holzwaren (aus Dänemark), die wichtigsten Ausfuhrgüter Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge.

Das Wirtschaftswachstum in Polen und den baltischen Staaten und der anhaltende Aufschwung in Deutschland sowie die fortschreitende Liberalisierung des Handels bieten gute Chancen für eine weitere dynamische Entwicklung. Die sich ausweitende Kooperation und die zunehmende Entwicklung mittelständischer Strukturen in Polen und den baltischen Staaten werden ebenso dazu beitragen.

Die deutsche Ausfuhr nach Polen stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 28 %, die Einfuhr um 17 %. Deutschland führt aus Polen hauptsächlich Textilien/Bekleidung, Holz- sowie Eisen- und Stahlwaren ein und führt Maschinen und Fahrzeuge aus. Mit Rußland verzeichnete Deutschland in den Monaten 1–10/1997 gegenüber 1–10/1996 einen Anstieg des Gesamthandels um 25 % (Einfuhr + 13 %, Ausfuhr + 42 %). Wichtigste Einfuhrgüter sind Erdöl, Erdgas und Kraftstoffe, wichtigste Ausfuhrgüter Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse sowie Güter der Ernährungswirtschaft.

Mit Estland stieg der deutsche Gesamthandel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 43 %, mit Lettland um 42 % und mit Litauen um 44 %. Zu den deutschen Haupteinfuhrgütern aus Estland und Lettland zählen Holz und Holzwaren, Textilien/Bekleidung und Erdölprodukte. Schwerpunkte der deutschen Ausfuhr sind Güter der Ernährungswirtschaft, Fahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse. Die deutschen Einfuhren aus Litauen bestehen hauptsächlich aus Textilien/Bekleidung, Holzwaren und pharmazeutischen Erzeugnissen. Bei den deutschen Ausfuhren nach Litauen dominieren Fahrzeuge und Maschinen sowie Güter der Ernährungswirtschaft.

Die Tatsache, daß Deutschland vor allem Investitionsgüter liefert, unterstreicht die Auffassung, daß der

deutsche Handel mit den Ostseestaaten gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

17. Welche Auslandsinvestitionen hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren im Ostseeraum getätigt?

In welchen Ländern und Regionen, in welchen Branchen?

Wo lagen die Schwerpunkte der deutschen Auslandsinvestitionen im Ostseeraum?

Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten fünf Jahren rd. 9,2 Mrd. DM in den Ostseestaaten (1992: 1,54; 1993: 1,37; 1994: 1,14; 1995: 2,15; 1996: 2,97) investiert. Mehr als die Hälfte entfiel auf die nordischen Staaten; der verbleibende Teil auf die mittel- und osteuropäischen- und Ostseestaaten (Rußland und Polen insgesamt gerechnet). Die Liste der wichtigsten Anlageländer nach Nettotransferleistungen führt Polen deutlich vor Dänemark und Schweden an, die Anteile dieser drei Staaten an den Gesamtinvestitionen im Anlagezeitraum betrug mehr als 87 Prozent (s. Anlage 4).

Folgende Branchen standen in den Hauptanlageländern im Vordergrund: (Die sektorale Aufgliederung erfolgt nach den Bestandswerten per Ende 1995).

Schweden: 3 404 Mio. DM

Energieversorgung; Beteiligungsgesellschaften; Chemische Industrie; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung; Handelsvermittlung und Großhandel; Maschinenbau; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren.

Dänemark: 2 758 Mio. DM

Beteiligungsgesellschaften; Maschinenbau; Chemische Industrie; Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.; Handelsvermittlung und Großhandel; Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik.

Polen: 1 736 Mio. DM

Beteiligungsgesellschaften; Handelsvermittlung und Großhandel; Maschinenbau; Ernährungsgewerbe; Kreditinstitute; Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung.

Zu den deutschen Investitionen in sämtlichen Ostseestaaten s. Anlage 5.

18. Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum gefördert?

Die Bundesregierung hat die wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum mit folgenden Maßnahmen gefördert:

Mit dem TRANSFORM-Beratungsprogramm unterstützt die Bundesregierung die Transformationsländer

Mittel- und Osteuropas sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die Unterstützung zielt vor allem auf den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Institutionen und die Förderung eines starken wirtschaftlichen Mittelstandes. Einige Projekte werden auch im Ostseeraum durchgeführt.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Unterstützung der assoziierten Länder (Polen und baltische Staaten) bei der Heranführung an die EU. Hierzu gehören z. B. die Angleichung der Rechtsvorschriften oder die Ausbildung von Mitarbeitern für die öffentliche Verwaltung. Im Rahmen des TRANSFORM-Programms hat vor allem die Bundesregierung die Ausarbeitung eines räumlichen Entwicklungskonzepts „Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010“ (VASAB 2010) für den gesamten Ostseeraum sowie raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze finanziert (vgl. Drucksache 13/2685). Im Jahr 1996 hat sie auf Bitte Estlands die Erarbeitung einer wohnungspolitischen Gesamtkonzeption für dieses Land finanziell unterstützt.

Ferner fördert die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum durch Abschluß von Investitionsschutz- und -förderverträgen, die Gewährung von Kapitalanlagegarantien, Hermes-Ausfuhrbürgschaften, das Mittelstandsprogramm Ausland der Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Tätigkeit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft.

Die Bundesregierung fördert im Rahmen der forschungs- und technologie- sowie bildungspolitischen Zusammenarbeit durch die gemeinschaftliche Finanzierung mit den Ländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bedeutende Einrichtungen in beiden Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern hat sie seit 1991 im Rahmen ihrer Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungsförderung rd. 500 Mio. DM und in Schleswig-Holstein 660 Mio. DM investiert.

Auch der Ausbau der nationalen Infrastruktur fördert die wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum. Die Bundesregierung arbeitet hier eng mit den drei Bundesländern des Raums zusammen.

19. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung zur Erweiterung der Handelsbeziehungen (z. B. im Bereich von Messebeteiligungen)?

Die Bundesregierung unternimmt eine Reihe von Maßnahmen, um die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des Ostseeraums weiter zu vertiefen und direkte Kontakte zwischen Unternehmen des Raumes zu fördern.

Unter anderem initiiert und fördert sie außenwirtschaftliche Beratungs- und Kontaktveranstaltungen als Unternehmertreffen oder Kooperationsbörsen in Zusammenarbeit mit Institutionen und Einrichtungen des jeweiligen Landes mit dem Ziel, den Prozeß der Erweiterung und Vertiefung von Handels- und Koopera-

tionsbeziehungen insbesondere mittelständischer Unternehmen voranzubringen.

So fanden von 1991 bis 1997 in bzw. mit den baltischen Staaten und Polen insgesamt ca. 40 Seminare, Workshops, Unternehmertreffen und Kooperationsbörsen mit finanzieller Beteiligung der Bundesregierung in Höhe von ca. 1,0 Mio. DM zur Förderung direkter Unternehmerkontakte statt.

Im Rahmen der amtlichen Auslandsmessebeteiligungen hat die Bundesregierung in den Jahren 1992 bis 1997 in Danzig, Wilna und St. Petersburg insgesamt 17 Messen gefördert. Herausragende Veranstaltungen waren die Schifffahrtsmessen in Danzig und St. Petersburg, an denen auch die anderen Ostseestaaten teilgenommen haben. Aus dem Bundeshaushalt wurden ca. 9 Mio. DM aufgewendet.

1998 sind folgende Messen im Auslandsmesseprogramm vorgesehen:

- Wilna, Baltic TEXTILE LEATHER
- Danzig, Baltexpo Schifffahrtsausstellung
- St. Petersburg, Swarka Schweißtechnik
- St. Petersburg, Auto Service
- St. Petersburg, Deutsch-russische Kooperationsveranstaltung für techn. Dienstleister.

20. Was hat die Bundesregierung u. a. mit welchen Fördermaßnahmen in den Jahren von 1991 bis 1996 unternommen, um die Demokratisierung und politische Stabilität im östlichen Ostseeraum zu fördern?

Die Bundesregierung hat in diesem Zeitraum in großem Umfang Hilfe zur Förderung von Demokratie und politischer Stabilität in den neuen Demokratien im östlichen Ostseeraum geleistet.

In die drei baltischen Staaten flossen im Rahmen des TRANSFORM-Programms von 1994 bis 1997 rund 90 Mio. DM sowohl für den Aufbau demokratischer Institutionen, als auch zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Polizei und Grenzschutz der drei baltischen Staaten erhielten bis 1996 Ausstattungshilfe in Höhe von 15 Mio. DM.

Nach Polen gingen u. a. im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen 120 Mio. DM an Polizeihilfe. Hinzu kamen u. a. Mittel des TRANSFORM-Programms. In den Jahren 1994 bis 1997 betrug das Volumen der im Rahmen des TRANSFORM-Programms geförderten Projekte in Polen (gesamt) 101 Mio. DM. Die von der polnischen Regierung gewünschte Beratung konzentriert sich zunehmend auf Maßnahmen zur Heranführung an die EU.

Innerhalb der Russischen Föderation wurden im Rahmen des TRANSFORM-Programms von 1994 – 1997 rund 270 Mio. DM in verschiedene Projekte investiert, zum Teil auch in den Ostseeregionen.

Die zahlreichen Projekte der mit Bundesmitteln ausgestatteten politischen Stiftungen leisteten wichtige Beiträge zum Aufbau demokratischer Strukturen in den baltischen Ländern, in Polen und in der Russischen Föderation. Ihre Aktivitäten boten einen kompetenten Rahmen zum Meinungsaustausch über aktuelle Fragen des bilateralen Verhältnisses, zu europapolitischen Fragen und zu den transatlantischen Beziehungen. Gleichzeitig trugen sie wesentlich zur Herausbildung und Stabilisierung eines demokratischen Parteienspektrums, zur Etablierung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen und zur Formierung weiterer gesellschaftlich relevanter Interessengruppen als wichtigen Elementen einer demokratischen Bürgergesellschaft bei.

21. Was hat die Bundesregierung u. a. mit welchen Fördermaßnahmen in den Jahren von 1991 bis 1996 unternommen, um die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Ostsee-Staaten zu fördern?

Aus dem TRANSFORM-Programm der Bundesregierung zum Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den MOE-Ländern und in Rußland, Ukraine und Weißrußland werden auch Projekte gefördert, die sich auf den Ostseeraum auswirken oder dort liegen.

- Zum öffentlichen Auftragswesen wurden neun multilaterale Symposien zur Einführung am EG-Recht orientierter Vergabe- und Kontrollvorschriften in den MOE-Staaten durchgeführt.
- Für die Zollzusammenarbeit mit den Ostseestaaten hat die Bundesregierung von 1991 bis 1996 rd. 1,24 Mio. DM bereitgestellt.

Auch im Zollbereich fanden zahlreiche Seminare, Workshops und Beratungen statt. Die Angleichung der Bestimmungen im grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr steht hier im Vordergrund.

Die Annäherung der Arbeitsweise der Zollverwaltungen schafft eine wichtige Grundlage für die bessere und vertrauensvollere Zusammenarbeit der Ostseestaaten.

Die Umweltschutzpilotprojekte „Kläranlage Swinemünde“ und „Abwasserbehandlungsanlage Gubin-Guben“ haben die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Abwasserbereich auf verschiedenen Ebenen (kommunal, regional und zwischen den Ministerien) erheblich vorangebracht.

Zahlreiche umweltpolitische Vorhaben in den östlichen Anrainerstaaten trugen – direkt und indirekt – auch zu einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Ostseestaaten bei. Besonders hervorzuheben ist die bereits seit 1995 laufende Unterstützung des Baltic Environmental Forum, das die Umweltschutzzusammenarbeit der drei baltischen Staaten umfassend koordiniert, sowie die Unterstützung der Sanierung der Abwassersysteme in St. Petersburg mit ca. 2 Mio. DM.

22. Was ist von der Bundesregierung für diese Großregion in den Bereichen Visa-Genehmigungen, Verbrechensbekämpfung, Drogenpolitik im Zeitraum von 1991 bis 1996 unternommen worden?

Die Bundesregierung betrachtet die Ostsee als kriminalgeographischen Raum, der besondere Beachtung verdient.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten hat die Bundesregierung Abkommen mit Polen, Estland und Lettland über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität geschlossen. Entsprechende Abkommen mit Litauen und Rußland stehen vor der Unterzeichnung.

Zusätzlich unterstützt die Bundesregierung multilaterale Kooperationsformen, die sich mit der Kriminalität im Ostseeraum befassen. Deutschland war treibende Kraft der auf dem Ostseegipfel im Jahre 1996 gegründeten „Baltic Sea Task Force on organized crime“ der Persönlichen Beauftragten der Regierungschefs (auf deutscher Seite StM Schmidbauer), die sowohl Maßnahmen zur Verbesserung des polizeilichen Informationsaustausches als auch konkrete operative Maßnahmen u. a. in den Bereichen illegale Migration/Schleuserkriminalität/Menschenschmuggel, Drogenhandel und -schmuggel, internationale Kfz-Verschlebung geplant und erfolgreich durchgeführt hat.

Die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden führte zu Kontakten auf allen Ebenen zur Lösung genereller Probleme sowie im operativen Einzelfall.

Polen, Rußland sowie die nordischen Staaten haben Verbindungsbeamte nach Deutschland, und Deutschland hat solche Beamte in die baltischen Staaten, Polen und Rußland entsandt.

Aus dem Ausstattungshilfeprogramm hat die Bundesregierung Polizeibehörden und Grenzorgane in Estland, Lettland, Litauen und Polen seit 1991 mit einem Betrag in Höhe von 35 Mio. DM unterstützt. Die Leistungen umfassen Materiallieferungen (Funk- und Telekommunikation, Datenverarbeitung, Kraftfahrzeuge, kriminalpolizeiliche Arbeits- und Untersuchungsgeräte, Geräte für die Grenzüberwachung) sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Polizei und den Grenzschutz.

Ferner wird sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission dafür einsetzen, daß diese Leistungen durch Projekte aus dem PHARE-Programm ergänzt werden. Erste konkrete Maßnahmen könnten bereits im Jahre 1998 durchgeführt werden.

Alle diese Maßnahmen verdeutlichen die konsequente Politik der Bundesregierung, die Zusammenarbeit im Ostseeraum bei der Verbrechensbekämpfung zu fördern und damit die Sicherheitslage zu verbessern.

Bei den Visagenehmigungen stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

Für polnische Staatsangehörige wurde mit Wirkung vom 8. April 1991 die Befreiung von der Aufenthalts-

genehmigungspflicht für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet bis zu drei Monaten ohne Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eingeführt.

Die Staatsangehörigen der nordischen Staaten sind seit 1990 für diese Aufenthalte aufgrund der Durchführungsverordnung (DVAusIG) zum Aufenthaltsgesetz von der Aufenthaltsgenehmigungspflicht befreit. Die Staatsangehörigen von Estland, Lettland, Litauen und Rußland unterliegen seit Erlass der DVAusIG der uneingeschränkten Aufenthaltsgenehmigungspflicht für das Bundesgebiet.

Ziel der Politik der Bundesregierung ist es, in Zukunft einen visumfreien Reiseverkehr zwischen den baltischen Staaten und den Schengenländern zu ermöglichen. Die Einräumung der Visumfreiheit wird ein wichtiger Schritt zur Heranführung der baltischen Staaten an die Europäische Union sein. Bedingung ist allerdings, daß infolge der Gewährung der Visumfreiheit keine Sicherheitsrisiken für Deutschland entstehen dürfen.

Die Prüfungen zur Gewährung der Visumfreiheit erfolgen nach einem zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt 1996 entwickelten Drei-Stufen-Plan.

23. Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Ostseeraum unterstützt?

Die Bundesregierung unterstützt die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Ostseeraum im Rahmen der EU-Programme INTERREG (EU-Staaten), PHARE (MOE-Länder) und TACIS (Russische Föderation) sowie die Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank (EIB) als Kreditgeber bei grenzübergreifenden Projekten.

Im Zeitraum 1990 bis 1994 ist Deutschland mit 426 Mio. ECU innerhalb der EU-Mitgliedstaaten (bilaterale Ebene) als größter Geber ausgewiesen.

Für den Zeitraum 1995 bis 1999 werden voraussichtlich 425 Mio. ECU verfügbar sein.

Die Bundesregierung unterstützt seit Jahren die Entwicklung und Anwendung europaweiter Telematiksysteme zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr und zur Gewährleistung der Mobilität von Personen und Gütern.

Sie mißt der Verknüpfung nationaler oder sogenannter in-house-Lösungen zu internationalen und verkehrsträgerübergreifenden Telematikprojekten einen hohen Stellenwert bei. Für den Bereich der Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft sind dies insbesondere das gemeinsame G 7-/EU-Projekt MARIS (Maritime Information Society) und das Ostsee-Telematikprojekt TEDIM (Telematics in Foreign Trade Delivery Management in the Baltic Sea and Adjacent Areas).

Sie förderte über Jahre das überregionale Projekt ISE-TEC (Innovative Seehafentechnologien) zur Stärkung

der Wettbewerbsfähigkeit und zur technisch-technologischen Weiterentwicklung der deutschen Seehäfen. Über die gesamte Laufzeit hat der Bund insgesamt ca. 70 Mio. DM bereitgestellt.

Für einen bestimmten Bereich in der Ostsee haben Dänemark, Deutschland, Finnland, Polen und Schweden in einem Memorandum of Understanding (MoU) festgelegt, daß gefährliche Güter befördert werden können, die der Ordnung für die Internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) oder dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) entsprechen. Damit wird der Fährverkehr mit gefährlichen Gütern zwischen den Ostseestaaten erleichtert, ohne die Sicherheit während der Seebeförderung einzuschränken.

Folgende weitere Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen:

- Abschluß eines Abkommens mit Polen vom 29. Juli 1992 über Erleichterungen der Grenzabfertigung.
 - Verwaltungsvereinbarung mit Litauen vom 18. Januar 1994 über die Zusammenarbeit bei der Zollabfertigung im Fährverkehr Mukran – Klaipeda (Memel) – Mukran.
 - Erstmals und auf deutsche Initiative Einrichtung einer „Arbeitsgruppe Zoll“ für den sog. „Transportkorridor II“ (Berlin – Warschau – Minsk – Moskau).
 - Bilaterale technische Hilfsmaßnahmen im Rahmen des von der Bundesregierung eingerichteten Programms „TRANSFORM“ u. a. zugunsten Rußlands, Polens, Lettlands, Litauens und Estlands.
- Diese Maßnahmen wurden in Form von Seminaren, Workshops, Arbeitsgesprächen und Beratungen auf den Gebieten „Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“, „Bekämpfung des Rauschgiftsmuggels (Ausbildung von Rauschgiftspürhunden und Hundeführern, Zusammenarbeit im Fahndungsbereich)“ und „Schutz des geistigen Eigentums“ durchgeführt. Zusätzlich wurden diese Staaten auch bei der Organisation und Verbesserung der Grenzabfertigung unterstützt.
- Abschluß bilateraler Abkommen mit Litauen und Lettland über die Beratung und Zusammenarbeit u. a. bei Zollfragen.
 - Technische Hilfsmaßnahmen im Rahmen der EU-Programme PHARE und TACIS sowie des sog. „Border Crossing-Programms“ u. a. zugunsten von Ostseestaaten. Im Zollbereich werden diese Maßnahmen von EUROZOLL, einem Zusammenschluß der EU-Zollverwaltungen, koordiniert und u. a. von Experten der deutschen Zollverwaltung vor Ort umgesetzt. Deutschland stellt auch Experten für die vom sog. TAIEX-Büro der Europäischen Kommission koordinierten Maßnahmen zur Rechtsangleichung in den mit der Europäischen Union assoziierten Ostseestaaten.

24. Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung die ökologische Sanierung im Ostseeraum unterstützt?

Die Bundesregierung unterstützt die ökologische Sanierung im Ostseeraum im multilateralen Kontext durch die aktive Mitarbeit bei dem im Rahmen von HELCOM aufgelegten internationalen Ostseeaktionsprogramm (Expertenaustausch; Know how-Transfer) sowie durch bilaterale und andere multilaterale Programme und Projekte. Dabei hält die Bundesregierung kontinuierliche und verlässliche Kooperation im fachlichen Bereich neben der finanziellen Unterstützung für gleichermaßen bedeutsam.

Beispiele bilateraler Zusammenarbeit im Bereich ökologischer Sanierung stellen die Projekte Kläranlage Swinemünde und Abwasserbehandlungsanlage Gubin-Guben dar. Darüber hinaus wurden im Rahmen des TRANSFORM-Programms der Bundesregierung zahlreiche umweltpolitische Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ostseestaaten gefördert (vgl. genauer die Antwort zu Frage 21).

Multilaterale Zusammenarbeit findet in diesem Sektor vor allem im Rahmen der HELCOM statt. Hervorzuheben ist insbesondere die aktive Mitarbeit der Bundesregierung bei dem im Rahmen von HELCOM aufgelegten internationalen Ostseeaktionsprogramm (vgl. dazu die Antwort zu Frage 7 d). Eine intensive multilaterale Zusammenarbeit findet beispielsweise auch im Bereich der nuklearen Sicherheit statt (vgl. dazu die Antwort auf Frage 7 b).

25. Wie bewertet die Bundesregierung den derzeitigen Stand des politischen Dialoges mit den Ländern des Ostseeraumes, insbesondere mit Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rußland?

Die Bundesregierung bewertet den Stand des politischen Dialoges mit den Ostseeländern positiv:

Der politische Dialog mit Estland, Lettland und Litauen hat auf allen Ebenen eine hohe Intensität erreicht. Für die Bundesregierung seien beispielhaft die jährlichen Treffen der Außenminister im Viererkreis und die bilaterale Zusammenarbeit auch auf der Ebene zahlreicher Fachministerien genannt. Die langjährigen Kontakte von Landesregierungen, von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, aber auch die Städtepartnerschaften tragen zu einer umfassenden Vernetzung bei und schaffen Foren für den Dialog in allen Bereichen der Politik. Die Bundesregierung greift die Anliegen der baltischen Staaten bei den euro-atlantischen Themen aktiv auf. Dieses Engagement wird auch in den baltischen Staaten anerkannt.

Polen gehört seit 1989 – mit zunehmender Tendenz – zu denjenigen unserer Nachbarländer, mit denen wir über das Normalmaß hinausgehende privilegierte Beziehungen pflegen. Die große Zahl hochrangiger Besuche wie auch die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene, an der mittlerweile die Mehrzahl der Ressorts beteiligt ist, hat zu einem neuen Vertrauensverhältnis beigetragen, das vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar war. Wir haben in enger Abstimmung mit der polnischen Regierung den bisherigen erfolgreichen Weg Polens zur Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Organisationen aktiv unterstützt und werden dies auch weiterhin

tun, um die Integration unseres zweitgrößten Nachbarn in die NATO, die WEU und die Europäische Union zu vollenden.

Mit dem „Weimarer Dreieck“ (unserer engen Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen) hat die Bundesregierung ein politisches Forum geschaffen, das unseren politischen Willen unterstreicht, unser Verhältnis zu Polen eines Tages auf den gleichen Stand zu bringen wie das zu Frankreich.

Im Juli 1997 haben erstmals deutsch-polnische Regierungskonsultationen stattgefunden. Polen ist damit der erste Staat östlich unserer Grenzen, mit dem Deutschland diese in den Beziehungen zu einigen unserer engsten Partner im Westen entwickelte Form des politischen Dialogs pfllegt.

Daneben besteht mit der deutsch-polnischen Kommission für grenznahe und regionale Zusammenarbeit ein Forum für breitgefächerte Zusammenarbeit.

Seit Auflösung der Sowjetunion haben sich die deutsch-russischen Beziehungen, denen entscheidende Bedeutung für ganz Europa zukommt, in einer Dichte und Breite entwickelt, wie dies in der langen Geschichte des bilateralen Verhältnisses ohne Präzedenz ist. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist von guter Partnerschaft und einer engen Zusammenarbeit geprägt. Wir unterstützen aktiv und auf vielen Feldern den Reformprozeß in Rußland. Der Bundespräsident stattete der Russischen Föderation im September 1997 einen Staatsbesuch ab. Im Juni 1998 werden in Bonn die ersten bilateralen Regierungskonsultationen unter Ressortbeteiligung stattfinden. Damit wird das außerordentlich eng geknüpfte Netz vertrauensvoller bilateraler Kontakte und Konsultationsvereinbarungen weiter ausgebaut.

Besondere Beachtung widmen wir weiterhin der Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die Rußland nicht ausschließt, sondern ihm im Interesse gesamteuropäischer Stabilität einen angemessenen Platz einräumt.

Die politische Entwicklung im Ostseeraum ist auch Gegenstand der auf den verschiedensten Ebenen stattfindenden regelmäßigen Konsultationen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation.

III. Ostseekooperation

26. Von welchen Zielen läßt sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Ostseekooperation leiten?

Im Rahmen der Ostseekooperation läßt sich die Bundesregierung von folgenden Zielen leiten:

- Festigung der Sicherheit und Stabilität im ganzen Ostseeraum, Abbau des Ost-West-Wohlstandsgefälles, Unterstützung des Transformationsprozesses in den Reformstaaten der östlichen Ostsee, weitere Heranführung Polens und der baltischen Staaten an die Europäische Union und schließlich Stärkung der regionalen Kooperation unter Ein-

beziehung der Russischen Föderation als regionalem Partner von besonderem Gewicht.

- Vertiefung der Zusammenarbeit im Ostseeraum auf allen Ebenen. Die Zusammenarbeit sollte aufbauen auf der Zusammenarbeit der Wirtschaft, Verbände, Regionalkörperschaften, Gemeinden, Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturinstitutionen (unter Beachtung der Zuständigkeit der Bundesländer) und nicht von oben vorgeschrieben werden.
- Schaffung einer ökonomisch und ökologisch nachhaltig gesunden Ostseeregion auf der Basis gleichberechtigter Zusammenarbeit. Im Rahmen von HELCOM sind alle Ostseestaaten – ungeachtet ihrer finanziellen sowie z. T. auch fachlichen Möglichkeiten – als gleichrangige Partner anzusehen, damit die zwischen westlichen und östlichen Anrainerstaaten noch bestehenden Unterschiede überwunden werden.
- Verwirklichung der „Gemeinsamen Empfehlungen für die Raumordnung in der Küstenzone der Ostseeregion“, die die Küstenregionen in die Lage versetzen wird, trotz ihrer inneren und äußeren Nutzungskonflikte zu einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Raumentwicklung beizutragen (Beschluß der Raumordnungsminister auf der Stockholmer Konferenz von Oktober 1996).
- Unterstützung der Aktivitäten der EU im Ostseeraum.
- Vermeidung von Doppelarbeit zur EU und von Aufbau überflüssiger Strukturen.

Die Bundesregierung sieht aus der Geschichte heraus eine besondere Verpflichtung Deutschlands im Ostseeraum. Die Ziele entsprechen zugleich aber auch der mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Wiederherstellung der deutschen Einheit grundlegend gewandelten politischen Geographie, die der gesamten Ostseeregion in ihrer überaus heterogenen Konstellation neue Perspektiven eröffnet.

Dabei richtet die Bundesregierung ihr Augenmerk darauf, in Rußland das Bewußtsein für den Nutzen einer verstärkten Teilnahme zu der regionalen Zusammenarbeit zu stärken und der russischen Regierung die günstigen Perspektiven für die eigenen Wirtschaftsinteressen vor Augen zu führen.

Die besondere Bedeutung, die die Bundesregierung der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum zumißt, spiegelt sich auch in der Übernahme des Vorsizes in der Ostseeratsarbeitsgruppe „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ wider. Die Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe während des deutschen Vorsizes liegen in den Bereichen Infrastruktur (Telekommunikation, Grenzübergänge, Energie), Abbau von Handelshemmnissen und bei spezifischen Einzelthemen der Wirtschaftsförderung, wie z. B. der Förderung des Tourismus.

27. In welchen Gremien ist sie beteiligt?

Die Bundesregierung nimmt als Mitglied am Ostseerat der Außenminister und dessen Gremien teil. Sie wirkt

in allen Gremien der Helsinki Kommission – HELCOM – mit (die auf der Grundlage des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes – „Helsinki-Konvention“ – tätig ist) und ist daneben u. a. in den folgenden Komitees und Arbeitsgruppen tätig.

- Koordinierungsausschuß Ostseehäfen (Joint Group of Baltic Port Committee)
- Arbeitsgruppe Seeverkehr im Ostseeraum (Working Group on Waterborne Transport)
- Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle von 1982
- Kommission der Aufsichtsbehörden der Ostseeländer im Seelotswesen (Baltic Pilotage Authorities Commission – BPAC)
- Internationales Koordinierungskomitee des Telematik/Logistik-Projektes TEDIM (Deutschland, Estland, Finnland, Rußland, Schweden) zur Schaffung überregionaler Logistiksysteme
- Arbeitsgruppe G 24 Verkehr (Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzeptes der Paneuropäischen Korridore und Regionen von besonderer verkehrlicher Bedeutung)
- Arbeitsgruppe zur Ermittlung des notwendigen und finanzierbaren Verkehrsinfrastrukturbedarfs in den assoziierten Staaten (TINA – Transport Infrastructure Needs Assessment)
- Ausschuß für Transeuropäische Netze Verkehr
- Ausschuß für Gemeinschaftszuschüsse Transeuropäische Netze Verkehr
- Ausschuß für Raumentwicklung der Ostseeregion (CSD-Baltic/BSR – Committee on Spatial Development in the BSR)
- Baltic Coordination Committee.

Sie ist beteiligt an den Treffen der Fachminister (Wirtschafts-, Finanz-, Verkehrs-, Raumordnungs-, Kultur- und Umweltminister).

An den Treffen der Regierungschefs der Ostseestaaten, unter Beteiligung der Präsidenten des EU-Rates und der Europäischen Kommission (Visby Mai 1996, Riga Januar 1998), hat der Bundeskanzler teilgenommen.

28. Welche Funktion hat der Ostseerat und welche Rolle soll er in Zukunft einnehmen?

Kann die Kooperation im Ostseerat verbessert werden?

Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit spielt der 1992 auf deutsch-dänische Initiative gegründete Ostseerat eine wichtige Rolle. Seine Aufgabe liegt in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stärkung der Region, vor allem durch Unterstützung der Aktivitäten auf regionaler und subregionaler Ebene. Damit hat der Ostseerat, trotz der Ausklammerung besonderer sicherheitspolitischer Themen, eine wichtige stabilisierende und sicherheitsfördernde Funktion. Er soll die gemeinsamen Interessen der Ostseerainer formulieren, Kooperationsfelder identifizieren und

dazu beitragen, das destabilisierende Ost-West-Wohlstandsgefälle in der Region zu überwinden und den demokratischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß in den östlichen Anrainerstaaten zu fördern. Der Ostseerat bietet zudem die Chance, Rußland in die regionale europäische Zusammenarbeit einzubinden. Nirgendwo in Europa berühren sich die Europäische Union in ihrer jetzigen Gestalt, die Beitrittsländer und Rußland so unmittelbar wie im Ostseeraum.

Den Vorsitz im Ostseerat führt derzeit Dänemark. Die Organe des Ostseerats sind der einmal jährlich tagende Rat der Außenminister, der Ausschuß Hoher Beamten, drei Arbeitsgruppen (zu Fragen der demokratischen Institutionen, der nuklearen Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit) und der „Kommissar für demokratische Institutionen und Menschenrechte einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören“.

In der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Deutschland für den Zeitraum 1997/98 den Vorsitz. Die Ostseearbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist in erster Linie ein Konsultativgremium ohne eigene Haushaltsmittel. Vorrangige Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, durch einen intensiven Dialog mögliche wirtschaftspolitische Entwicklungen transparent zu machen, fortbestehende Handelshemmnisse zu identifizieren sowie mögliche neue Kooperationsfelder und Ansätze für eine bessere Koordinierung der bestehenden Formen der Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Die Funktion des Ostseerats als ein koordinierendes und beratendes Gremium hat sich bewährt und bedarf aus Sicht der Bundesregierung keiner wesentlichen Veränderung. Über die Einrichtung eines kleinen technischen Sekretariats des Ostseerates berät derzeit der Ausschuß Hoher Beamten des Ostseerates.

29. Welche Funktion hat die 1991 in Helsinki ins Leben gerufene parlamentarische Konferenz der Ostseeregion?

Die vom Nordischen Rat initiierte und seit 1991 jährlich tagende parlamentarische Konferenz der Zusammenarbeit im Ostseegebiet von Abgeordneten der nationalen und regionalen Parlamente des Ostseeraums ist um einen konstruktiven Dialog zwischen Parlamenten und Regierungen der Region bemüht. Neben dem Dialog mit dem Ostseerat pflegt die Konferenz engen Kontakt zur Konferenz der Subregionen im Ostseeraum (BSSSC). Die Bemühungen um eine Verstärkung des Dialogs zwischen den Parlamenten und den Regierungen in der Ostseeregion wurden auf der sechsten Parlamentarierkonferenz am 15. und 16. September 1997 erfolgreich fortgeführt und insofern vertieft. Die heute vielfältigen und zahlreichen Kontakte und Kooperationen zeigen deutlich, daß die Phase der Annäherung und der Entwicklung von Ideen in der Zwischenzeit in eine konkrete Verwirklichung der Ostseekooperation eingemündet ist. Insofern konzentriert sich die parlamentarische Konferenz zunehmend auf

konkrete Arbeitsschwerpunkte. Die siebente Parlamentarische Konferenz wird auf Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 7. und 8. September 1998 in Lübeck stattfinden, und zwar zu dem Thema „Die Auswirkungen der Beschlüsse des Luxemburger Gipfels auf die Ostseeregion“. Anlässlich der bevorstehenden 7. parlamentarischen Konferenz wird damit erstmalig ein Parlament unterhalb der national-staatlichen Ebene Gastgeber sein. Aus Deutschland sind Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Abgeordnete der Länderparlamente von Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen an dieser parlamentarischen Konferenz beteiligt; ferner Abgeordnete der Parlamente der Republik Karelrien, von Dänemark, Estland, Finnland, Grönland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, der Russischen Föderation, von Schweden, den Åland-Inseln, sowie der baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und dem Nordischen Rat. Als Beobachter nehmen Abgeordnete des Regionalparlaments des Gebiets Kaliningrad sowie der parlamentarischen Versammlung des Europarates teil, ebenso der Verbund der Ostseestädte, die Europäische Kommission und die Helsinki-Kommission.

Die Einrichtung eines kleinen Sekretariats (1 bis 2 Personen) in Kopenhagen ist geplant.

30. Welche Funktion haben die bestehenden Fachministerkonferenzen (z. B. Konferenz der Umweltminister, Konferenz der Bauminister, Konferenz der Verkehrsminister)?

Umwelt

Die in unregelmäßigen Abständen tagenden Konferenzen der Umweltminister der Ostseeanrainerstaaten sollen die integrative Bearbeitung vielfältiger Umweltprobleme in der Ostseeregion gewährleisten. Sie dienen der Formulierung politischer Vorgaben für eine zielgerichtete Gewässerschutz- bzw. Umweltpolitik und geben deren Umsetzung politischen Rückhalt. Die nächste Konferenz der Umweltminister der Ostseeanrainerstaaten findet am 26. März 1998 im Rahmen der 19. HELCOM-Sitzung statt.

Bauwesen und Städtebau

Die Funktion der Konferenzen besteht darin, die Abstimmungen von wichtigen Politikbereichen und die Harmonisierung und Normung von Produkten zügig voranzubringen sowie assoziierte Länder für den Beitritt zur EU zu unterstützen.

Schwerpunkte sind u. a.:

Entwicklung wohnungspolitischer Konzepte

- Schaffung neuer Rechtsgrundlagen für das Wohneigentum
- Reform kommunaler Wohnungsverwaltungen.

Raumordnung

Schwerpunktmäßig verfolgen diese Konferenzen die

- Förderung einer an den Bedingungen der Marktwirtschaft orientierten Entwicklung der Siedlungsräume (Erhöhung der Standortattraktivität, bessere

Ausgangschancen im interregionalen Standortwettbewerb),

- transnationale Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dezentraler Raumordnungsverwaltungen,
- nachhaltige Entwicklung des gesamten Raums.

Verkehr

Die Verkehrsministerkonferenz der Ostseestaaten wurde mit der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa eingerichtet. In der Form eines informellen Treffens (etwa alle zwei Jahre, zuletzt 1997 in Berlin) werden aktuelle Verkehrsfragen in der Region abgestimmt, wobei der Seeverkehr, die Verkehrsinfrastruktur und Telematik den Schwerpunkt bilden. Die nächste Konferenz im Jahr 1999 richten Lettland und Estland gemeinsam aus.

Wirtschaft

Bei ihrem ersten Treffen im August 1995 in Helsinki befaßten sich die Wirtschaftsminister der Ostseeländer mit den Bedingungen für eine Ausweitung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region. Auf polnische Einladung soll das nächste Treffen im März 1998 in Danzig stattfinden.

Finanzen

Ziel der nordisch-baltischen Konferenz der Finanzminister ist, den finanz- und währungspolitischen Dialog zwischen den Staaten des Ostseeraums zu intensivieren und damit zu einer gemeinsamen und stabilen Zukunft in dieser Region beizutragen.

Die für Kultur zuständigen Minister trafen 1997 in Lübeck zusammen.

31. Welche Rolle nimmt die EU in der Ostseekooperation ein?

Die EU ist in die Ostseekooperation voll integriert; die Europäische Kommission ist Mitglied des Ostseerates und nimmt an dessen Ausschuß Hoher Beamter und den Arbeitsgruppen teil. Die EU war ferner auf den Treffen der Regierungschefs und der Fachminister vertreten.

Die EU spielt eine aktive Rolle in der Ostseekooperation. Dem Gipfel in Visby legte die Europäische Kommission ein Grundsatzdokument „Ostsee-Initiative“ vom 10. April 1996 vor; dieses fand Eingang in die Aktionsprogramme, die der Ostseerat in Kalmar im Juli 1996 annahm. Die Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in der Folge die Themen aus den Aktionsprogrammen systematisch behandelt.

Die vom EU-Rat beschlossene Ostseeinitiative nennt folgende Schwerpunkte der EU-Ostseepolitik: Politische Kooperation, Kooperation der kleinen und mittleren Unternehmen, Infrastruktur, Kommunikationssysteme, Umwelt, Forschung, Energie, nukleare Sicherheit, Gesundheit, Kampf gegen Drogen und Aids. Zur Koordination der Hilfe aus den Strukturfonds hat die Kommission einen Lenkungsausschuß eingerichtet. Das Baltic Coordination Committee – BCC – koordiniert die EU-Aktivitäten für die grenzüberschreitende, in-

terregionale und transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum. Den Vorsitz hat die Europäische Kommission.

Die EU-Kommission hat zwei Förderprogramme für die interregionale Kooperation im Ostseeraum eingerichtet:

1. Baltic Project Facility (finanziert aus TACIS- und PHARE-Mitteln);
2. INTERREG II C, Kooperation Ostsee (Mittel des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung, gekoppelt mit Mitteln aus TACIS und PHARE).

Das Sekretariat für INTERREG II C (Baltic Spatial Development Agency) ist am 10. Februar 1998 in Rostock eröffnet worden. Es wird von den vier EU-Mitgliedstaaten Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland sowie der EU-Kommission getragen.

32. Welche Rolle spielt der 1952 gegründete Nordische Rat?

Der Nordische Rat ist das Forum der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten (87 Abgeordnete der Parlamente der fünf nordischen Staaten). 1971 wurde der Nordische Ministerrat als Organ der Zusammenarbeit der nordischen Regierungen geschaffen. Die Beschlüsse des Nordischen Rats haben empfehlende, die des Nordischen Ministerrats bindende Wirkung. Während sich die nordische Zusammenarbeit zunächst mit den Bereichen Kultur, Forschung, Ausbildung, Umwelt und rechtliche Zusammenarbeit befaßte, kamen 1993 Außen- und Sicherheitspolitik hinzu. Wichtige Beispiele der Zusammenarbeit sind die Nordische Paßunion (1952), der gemeinsame Arbeitsmarkt (1954) und die Konvention über die Gegenseitigkeit sozialer Leistungen (1955).

Die nordische Zusammenarbeit hat erheblich zur Harmonisierung der Verhältnisse in Nordeuropa beigetragen und ist als Symbol der Zusammengehörigkeit der nordischen Staaten fest im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Nach ihrem Modell ist auch die baltische Zusammenarbeit strukturiert. Mit Wiedererlangung der Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten hat der Nordische Rat die Kooperation im Norden auch auf diese neuen Partner ausgedehnt. So wurden in letzter Zeit Ministerratssitzungen im Fünferkreis im Anschluß meist auf das Format 5+3 erweitert.

33. Welche Funktion wird von der Konferenz der aus 117 regionalen Gebietskörperschaften bestehenden Konferenz der Subregionen des Ostseeraums wahrgenommen?

Die BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation) ist Clearing-Stelle und Interessenvertretung der Regionen des Ostseeraums, die allen 162 Regionen offensteht. Die Organisation arbeitet eng mit dem Ostseerat und der Europäischen Kommission zusammen.

Rund 100 Regionen sind bei den bisherigen vier Jahrestreffen vertreten gewesen. Der Sprecher der BSSSC, für zwei Jahre gewählt, vertritt die BSSSC zwischen den Jahreskonferenzen zusammen mit dem „Board“, bestehend aus jeweils zwei Repräsentanten je Ostseestaat. Der schleswig-holsteinische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter, hat die Sprecher-Funktion im Oktober 1997 an Knud Andersen, Amtsborgmester von Bornholms Amt, übergeben.

Die Konferenz hat im März 1997 ein Sekretariat gebildet, welches den Sprecher in seiner Tätigkeit unterstützt und zwischenzeitlich in Kopenhagen etabliert wurde.

Zu den wichtigsten Aufgaben der BSSSC zählen die Entwicklung der Zusammenarbeit der Subregionen des gesamten Ostseeraums auf nachstehenden Feldern: wirtschaftlich/technologische Zusammenarbeit, Umweltschutz, Gesundheitswesen, soziale Angelegenheiten, Bildungswesen, Jugendfragen, Kultur, Verkehrswesen, Telekommunikations- und Informationswesen. Die BSSSC leistet damit zugleich einen Beitrag zur Umsetzung der vom Ostseerat verabschiedeten Aktionsprogramme von Kalmar.

Die BSSSC hat sich inzwischen zum wesentlichen regionalen Ansprechpartner für den Ostseerat und die EU-Kommission entwickelt. Schleswig-Holstein hat daran einen wesentlichen Anteil. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit den anderen großen Ostseeorganisationen (Verband der Ostseehandelskammern – BCCA, Bund der Ostseestädte – UBC- und Parlamentarierkonferenz). Im politischen Bereich nimmt BSSSC zunehmend eine „umbrella“-Funktion wahr. Für die kommenden Jahre wird die Hauptaufgabe vor allem in der Stärkung des regionalen Zusammengehörigkeitsgefühls („region building“) und in der Unterstützung der Vor-Beitritts-Strategie der Kommission auf regionaler Ebene gesehen. Für die deutschen Ostseeländer eröffnet sich damit die Möglichkeit konkreter Mitgestaltung der Ostseezusammenarbeit unterhalb der Ebene von Regierungskonferenzen.

34. Welche Zielsetzung mit welchen aktuellen Resultaten verfolgt die Helsinki Kommission „HEL-COM“?

Die Helsinki-Kommission (HELCOM) agiert völkerrechtlich auf der Grundlage der Helsinki-Konvention von 1974. Sie ist danach für die Verhütung der Meeresverschmutzung des Ostseegebiets aus allen Verschmutzungsquellen sowie auf allen Eintragungspfaden zuständig. Zu den fachlichen Ergebnissen der HELCOM-Arbeit wird auf die Antworten zu den Fragen 7 d und 8 verwiesen.

Neben den fachlichen Aufgaben besitzt HELCOM auch den politischen Auftrag, die Mitglieder, d. h. neun Anliegerstaaten und die Europäische Gemeinschaft, als gleichberechtigte Partner im gemeinsamen Bemühen um eine Verbesserung der Umweltsituation der Ostsee zu koordiniertem Handeln zu veranlassen.

Im Rahmen der Aktivitäten der HELCOM zur Umweltpolitik wurde 1992 das Internationale Ostseeaktionsprogramm etabliert. Zum Ziel dieses Programms wird auf die Antwort zu Frage 7 d verwiesen.

Der im März 1998 stattfindenden 19. Sitzung der Helsinki-Kommission wird ein Bericht über Erfolge und Schwächen der bisherigen Arbeit vorgelegt werden, der mit konkreten Verbesserungsvorschlägen verbunden ist.

Auf Initiative der Ostseestaaten soll die internationale Ausweisung der Ostsee als Schwefelemissions-Überwachungsgebiet im Rahmen der neuen Anlage VI zum Internationalen Übereinkommen gegen die Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL) erfolgen, welche die Reduzierung der Luftverschmutzung durch die Schifffahrt zum Ziel hat.

Von aktueller Bedeutung ist das vom Schifffahrtsausschuß (Maritime Committee – MC) erarbeitete „no-special-fee“-System für die Abwicklung einer umfassenden Entsorgung schiffsbedingter Abfälle in den Häfen. Dazu gehört die Finanzierung dieser Entsorgung in Form eines Umlageverfahrens durch eine Abgabe auf die Schiffe.

Projekte, wie die in der Antwort auf Frage 21 genannten Projekte „Kläranlage Gubin-Guben“ und „Kläranlage Swinemünde“ zeigen, wie der Bau einer modernen Umweltnfrastruktur sowohl die wirtschaftliche Entwicklung beider Grenzregionen als auch den Umweltschutz voranbringen kann. Diese Anlagen sind ein wichtiger Beitrag zur ökologischen Entlastung der Odermündung und der Ostsee, zu der sich Polen und Deutschland im Rahmen des Helsinki-Übereinkommens verpflichtet haben.

HELCOM erstellt in Fünf-Jahres-Intervallen sogen. Periodische Zustandsberichte. Vor wenigen Monaten ist der dritte dieser Berichte für den Zeitraum 1989 bis 1993 veröffentlicht worden.

35. Welche Zielsetzung verfolgen die Arbeiten an der „Agenda 21 für den Ostseeraum (BALTIC 21)“?

Die erste regionale Agenda 21 soll Lücken bei der Integration des Umweltschutzes in die Politikbereiche Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Tourismus und Verkehr in der bisherigen Ostseezusammenarbeit identifizieren und Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Problemlösung enthalten. Mit BALTIC 21 sollen auch die Voraussetzungen für ein stärkeres Engagement der EU in der Region, vergleichbar der umfangreichen Förderung der Mittelmeerregion, geschaffen werden.

Die Bundesregierung verfolgt in dem gesamten Prozeß das Ziel, am Ende statt zu einem umfassenden unverbindlichen Programm zu möglichst konkreten Vorschlägen für klare und tatsächlich umsetzbare Aktionen zu kommen. Wichtige Elemente sind dabei auch die Eigenverantwortung der Akteure in der Region und die weitgehende Nutzung bereits vorhandener In-

stitutionen und Prozesse der Zusammenarbeit, wie z. B. der Helsinki-Kommission.

36. Welche Zielsetzung mit welchen aktuellen Resultaten verfolgt die „Baltic Chambers of Commerce Association (BCCA)“, die seit 1992 besteht?

Die Baltic Sea Chambers of Commerce Association ist ein Zusammenschluß von 52 Industrie- und Handelskammern aus den neun Ostseestaaten sowie aus Norwegen. Die BCCA, deren Sekretariat z. Z. die Industrie- und Handelskammer zu Kiel wahrnimmt, vertritt mehr als 400 000 Unternehmen aus allen Branchen rund um die Ostsee. Sie wurde gegründet, um folgende Ziele zu verfolgen:

- als Sprachrohr für die Wirtschaft im Ostseeraum zu dienen,
- das private Unternehmertum zu fördern und zu schützen und
- eine Plattform für Kontakte zu schaffen.

Neben unten erwähnten Dienstleistungen für Unternehmen vertritt die BCCA die Interessen der Unternehmer gegenüber den (zwischen-)staatlichen Einrichtungen im Ostseeraum und unterstützt die politische Arbeit für den Ostseeraum.

Zum Dienstleistungsangebot gehört, daß die BCCA

- eigene (Kontakt-)Messen wie die Hanse Wirtschaftstage organisiert,
- weitere Messen wie Eco Baltic, Europartnerschaft Polska mit anderen Partnern zusammen veranstaltet,
- Kooperationspartner sucht,
- Kontakte zu Ämtern/Behörden im Ausland herstellt,
- über neue Gesetze in bezug auf den Außenwirtschaftsverkehr berichtet,
- Länder-Informationseminare anbietet,
- über Messen und Ausstellungen informiert,
- Know-how für Projektentwicklung zur Verfügung stellt,
- halbjährlich einen Bericht über die kurz- und mittelfristigen Erwartungen der Wirtschaft in bezug auf die Wirtschaftskooperation im Ostseeraum erstellt,
- Informationsbroschüren wie den „Ratgeber zur Aufnahme von Geschäftsbeziehungen in Estland, Lettland, Litauen und den russischen Ostseeregionen“ publiziert und damit die Region nach außen präsentiert,
- neue Projekte wie z. B. das Baltic Sea Partnerschaften initiiert,
- unternehmerische Anliegen den (supra-)nationalen Entscheidungsträgern vorträgt,
- Förderprogramme der EU im Sinne der Wirtschaft wie z. B. das Baltic Sea Small Facility Programme beeinflusst,
- Daten über Handelshemmnisse erhebt,

- einen elektronischen Datenverbund rund um die Ostsee baut (Kontakte, Gesetze, Produkte, Termine),
- Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Berufsausbildung konzipiert und organisiert,
- das Know-how bei den Mitgliedskammern durch Austausch von Personal fördert,
- für den „Business Advisory Council“ an den Arbeiten des Ostseerates teilnimmt und damit das Bindeglied zwischen den Unternehmen und den politischen Entscheidungsträgern ist.

Die Aktivitäten der BCCA haben in den vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, die erheblichen Informationsdefizite in Wirtschaftskreisen über die Möglichkeiten eines unternehmerischen Engagements im Ostseeraum abzubauen. Durch Veranstaltungen wie Messen, Seminare, Informationstage wurden zahllose persönliche Kontakte zwischen Unternehmen ermöglicht und die Durchführung abgeschlossener Geschäfte durch weitere begleitende Kammerinformationen unterstützt, einschließlich der Möglichkeiten für eine schiedsgerichtliche Beilegung von Streitfällen.

Durch Partnerschaften zwischen Kammern, die auch den Austausch von Mitarbeitern zu Ausbildungszwecken umfaßten, wurde der Kenntnisstand von Kammermitarbeitern über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Gastland verbessert; diese Mitarbeiter konnten daraufhin Unternehmen in ihrem Kammerbezirk besser beraten.

Die BCCA nennt des weiteren folgende Resultate ihrer Arbeit:

- ca. 10 000 vorterminierte Unternehmertreffen anlässlich der seit 1990 jährlich veranstalteten Hanse Wirtschaftstage,
- rund 2 000 Abrufe bei dem Investitionsführer „Baltikum und Rußland“,
- halbjährlich einige hundert Abrufe des „Ostsee-Terminkalenders“,
- internationale Ausstrahlung von BCCA-Fachseminaren, z. B. zum Thema „Electronic Commerce“.

37. Welche Zielsetzung mit welchen für Deutschland aktuellen Resultaten verfolgt die „Union of the Baltic Cities (UBC)“, die sich 1991 gebildet hat?

Der Bund der Ostseestädte (UBC) wurde im Sommer 1991 in Danzig gegründet, um der kommunalen Zusammenarbeit im Ostseeraum ein Forum zu geben. Ihm gehören heute 78 Städte aus 10 Staaten an. Die zweimal im Jahr zusammentretende Konferenz und das Präsidium werden von einem kleinen Sekretariat in Danzig unterstützt. Der Arbeitsschwerpunkt liegt in den Bereichen kulturelle Angelegenheiten, Umwelt, soziale Angelegenheiten, Telekommunikation, Sport,

Tourismus und Verkehr. UBC pflegt enge Kontakte zu BSSSC, BCCA und zur parlamentarischen Konferenz.

Hauptanliegen der UBC ist es, die Zusammenarbeit und den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ostseestädten, das Interesse an Erhaltung des kulturellen und Natur-Erbes und Begegnungen zwischen den Bürgern, insbesondere der Jugend zu fördern. Sie hat dafür eine Reihe von erfolgreichen Zusammenarbeitsprojekten gestartet und EU-Mittel eingeworben. Gleichrangig neben der Förderung des kulturellen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Austausches steht die Unterstützung der Städte Mittel- und Osteuropas bei der Modernisierung ihrer politischen und administrativen Strukturen und bei der Entwicklung moderner Aufgabenprofile. Damit leistet UBC zugleich einen wichtigen Beitrag zu dem in den Kalmarer Aktionsprogrammen geforderten „people-to-people approach“.

Für Deutschland ist die Arbeit der UBC nicht nur im Hinblick auf die aktive Mitwirkung deutscher Ostseestädte (in den Organen, Kommissionen und Projekten) relevant, sondern auch als Teil der Strategie zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Ostseeraum auf allen Ebenen und damit zur Schaffung eines regionalen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Die Bundesregierung sieht die Tätigkeit des Verbundes der Ostseestädte als langfristig wirksamen Beitrag zur Stabilisierung des Ostseeraumes insgesamt und als gut funktionierendes und erfolgreiches Beispiel für den basisorientierten Ansatz ihrer Ostseepolitik an.

38. Welche Rolle nimmt „Ars Baltica“ mit welchen Aufgabenschwerpunkten im Rahmen der Ostseekooperation ein?

Nach einer Initiative Schleswig-Holsteins wurde „Ars Baltica“ seit 1991 zu einem konzeptionellen Dach für multilaterale kulturelle Projekte in den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Theater, Literatur und Film der Ostseestaaten und Norwegens. Der verbindende Gedanke dieser Projekte ist, die spezifischen kulturellen Gemeinsamkeiten dieser Region in ihrer Bedeutung für die Entwicklung Europas in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sichtbar zu machen und sie – im Sinne eines „Europas der Regionen“ – im europäischen Integrationsprozeß wirksam werden zu lassen. Ausstellungen, Workshops, Festivals ermöglichen es, kulturelle Entwicklungen in den Ostseestaaten kennenzulernen, und fördern die Zusammenarbeit und den Austausch der Künstler.

39. Welche weiteren der ca. 70 bestehenden Organisationen die eine Ostseekooperation bezwecken, haben für die Entwicklung dieser Großregion eine besondere Bedeutung?

Neben den Organisationen, die bei der Beantwortung der Fragen 28 bis 38 behandelt wurden, gibt es nur noch relativ wenige andere Organisationen, deren

Tätigkeiten sich auf die gesamte Ostseeregion erstrecken; eine Vielzahl von Organisationen ist jedoch auf subregionaler oder bilateraler Ebene tätig, um wirtschaftliche, kulturelle und andere Formen der Zusammenarbeit zu fördern.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der gesamten Region wird insbesondere in folgenden Bereichen angestrebt:

Raumordnung

Seit 1992 besteht mit VASAB 2010 (Vision and strategies around the Baltic Sea) eine Zusammenarbeit der Raumordnungsdienststellen der Ostseestaaten unter Einbeziehung von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Mit dem VASAB-Sekretariat in Danzig besteht eine feste Koordinierungsstelle. Ziel von VASAB ist die weitere strategische Vorplanung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die stärkere Einbeziehung gerade auch der Nicht-EU-Mitglieder in die Ostseekooperation sowie die Weiterentwicklung des von VASAB erarbeiteten raumordnerischen Leitbildes einer zukünftigen Ostseeentwicklung unter zunehmend projektorientierten Ansätzen (From Vision to Action).

Umwelt

Die „Coalition Clean Baltic“ (CCB – Koalition Saubere Ostsee) ist seit 1989 ein Zusammenschluß von 26 nationalen und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen, die die Arbeiten der Mitglieder koordiniert. Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Schutz der Umwelt zu fördern. CCB selbst veranstaltet Kampagnen zu Umweltfragen.

- Die International Baltic Sea Fishery Commission (IBSFC – Internationale Ostseefischerei-Kommission), gegründet 1974, strebt eine Sicherung der Fischbestände in der Ostsee an; die Mitglieder arbeiten zusammen, um Fischfangquoten festzulegen.
- World Wide Fund for Nature (WWF)
Der WWF hat 1990 ein gesondertes Ostseeprogramm aufgebaut. Ziel des Programms ist es, mit anderen Partnern Maßnahmen des Naturschutzes durchzuführen.
- Das International Network for Environmental Management (INEM) hat sich insbesondere den Aufbau eines Netzwerkes von umweltorientierten Unternehmensverbänden und die Intensivierung des Erfahrungsaustausches zwischen Unternehmen auf dem Gebiet des Umweltmanagements zum Ziel gesetzt. INEM hat einen besonderen Tätigkeitsschwerpunkt im Ostseeraum.

Zusammenarbeit im Zollbereich

Die 1995 auf Initiative Dänemarks von den Zollverwaltungen der Ostseestaaten ins Leben gerufene „Ostsee-Zollkonferenz“ der Zollverwaltungen der Ostseestaaten verfolgt das Ziel, die Zollzusammenarbeit im Ostseeraum zu intensivieren und damit die Rahmenbedingungen für den Waren- und Dienstleistungsaustausch zu verbessern. Den Vorsitz bei der zweiten Ostsee-Zollkonferenz 1997 in Tallinn hatte Deutschland inne. Die dritte Ostsee-Zollkonferenz soll 1999 in Polen tagen.

Zusammenarbeit im Transportbereich

In der 1991 gegründeten „Baltic Port Organization“ sind die meisten Seehäfen im Ostseeraum zusammengeschlossen. Die BPO verfolgt das Ziel, durch den Austausch von Informationen, die Vermittlung von Kontakten und die Verbesserung von Marketing-Systemen die Entwicklung der Häfen zu fördern.

Zusammenarbeit im Bildungsbereich

Die Conference of Baltic University Rectors (CBUR) widmet sich dem Austausch von Wissenschaftlern und Studenten; in einem Ostsee-Universitäts-Programm arbeiten 150 Universitäten und andere Institutionen aus 14 Ländern zusammen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Euro-Fakultät, die auf Beschluß der zweiten Außenminister-Konferenz des Ostseerates von 1993 geschaffen wurde. An der Universität Riga wurde eine Fakultät mit besonderem EU-Bezug eingerichtet, mit Zweigstellen in Tartu (EST) und Wilna (LT); die Ausweitung auf die Universität Kaliningrad wird vorbereitet. Ziel der Euro-Fakultät ist insbesondere die Modernisierung der Lehrpläne und deren Anpassung an die Anforderungen in der EU.

Auf subregionaler Ebene haben sich beispielsweise folgende Formen der Zusammenarbeit entwickelt:

- Die Gruppe „B7“, ein Zusammenschluß der sieben größten Ostseeinseln (d. h. Rügen, Bornholm, Gotland, Öland, Åland, Hiiumaa/Dagö und Saaremaa/Ösel) hat ein Aktionsprogramm erarbeitet mit Projekten in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus, Umweltschutz und zwischenmenschliche Beziehungen.
- Das Baltic Environmental Forum fördert die Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen Organisationen in den drei baltischen Staaten.

Im bilateralen Bereich ist zu erwähnen die Zusammenarbeit in der Euroregion POMERANIA. Sie entstand Ende 1995 durch den Zusammenschluß der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V. auf deutscher Seite mit dem Zweckverband der Gemeinden West-Vorpommerns POMERANIA und der Stadt Stettin auf polnischer Seite. Mitglieder der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V. sind deutscherseits die kreisfreien Hansestädte Stralsund und Greifswald sowie die Landkreise Rügen, Nord-Vorpommern, Ost-Vorpommern, Ücker-Randow Uckermark und Barnim. Ziel der Euroregion POMERANIA ist es, im Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene grenzüberschreitend die Entwicklung in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Umweltschutz, Kultur und Soziales zu fördern.

IV. Die Ostseeregion und die Europäische Union

40. Welche Beziehungen hat die EU zur Ostseeregion und zu deren einzelnen Anrainern?

Die Beziehungen der EU zur Ostseeregion nehmen einen festen Platz in der Zusammenarbeit der EU mit europäischen Regionen ein, wie sich aus der Antwort

auf Frage 31 ergibt. Ausdruck dessen ist auch die Teilnahme des Vorsitzes des EU-Rates sowie der EU-Kommission am Ostseerat.

Die Beziehungen der EU zu den einzelnen Ostseeanrainern haben sich in den letzten Jahren in bedeutender Weise entwickelt.

- Polen und die baltischen Staaten sind mit der EU durch Europaverträge assoziiert und haben eine klar vorgezeichnete EU-Beitrittsperspektive. Sie kommen in den Genuß der auf den EU-Beitritt vorbereitenden Heranführungsstrategie, die durch die Beschlüsse des Europäischen Rats von Luxemburg weiter intensiviert wurde. Mit Polen und Estland werden im Frühjahr 1998 Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Litauen und Lettland werden im Rahmen der vom ER Luxemburg beschlossenen regelmäßigen Fortschrittsberichte erstmals im Dezember 1998 auf ihre Fortschritte bei der Erfüllung der für den EU-Beitritt ausschlaggebenden Kopenhagener Kriterien überprüft werden.
- Mit Rußland hat die EU die Beziehungen durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vertieft.

Die EU unterstützt diese Länder im Rahmen ihrer Förderprogramm (INTERREG, PHARE, TACIS), wie in der Antwort auf Frage 42 im einzelnen dargelegt.

41. An welchen Leitthesen orientiert sich die Politik der EU für diesen Raum?

Die EU orientiert ihre Politik für den Ostseeraum an folgenden Leitthesen:

- Stärkung der Demokratisierung und der Stabilität,
- verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Völkern,
- Erhöhung der Sicherheit der Bürger,
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration zur Schaffung von Wachstumsstrukturen und einer dauerhaften Entwicklung in der Region,
- gemeinsamer verstärkter Umweltschutz,
- effizienter Energieeinsatz, Verbund des Elektrizitäts- und des Gasnetzes sowie nukleare Sicherheit,
- Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Unterstützung durch die Förderinstrumente der Programme INTERREG, PHARE und TACIS,
- Verbesserung der Infrastruktur und infrastrukturbezogener Dienstleistungen sowie Ausbau der Verbindungen im Ostseeraum (Ausbau des Verkehrssystems und Verknüpfung mit den trans-europäischen Netzen),
- Entwicklung des Fremdenverkehrs.

42. Welche Schwerpunkte setzt die EU in der Förderung der Großregion?

Mit welchen Mitteln hat sie sich engagiert, mit welchen Mitteln wird sie sich engagieren?

Die Europäischen Räte von Cannes, Madrid (beide 1995) und Florenz (1996) haben sich ausdrücklich zu den Erfordernissen bekannt, die Stärkung der Demokratie, die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern.

Schwerpunkte der Stärkung der Demokratisierung und Stabilität sind z. B.

- direkte Kontakte zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen einschließlich Reformen der öffentlichen Verwaltung,
- Projekte im Bereich Zivilgesellschaft und Menschenrechte im Rahmen des PHARE- und TACIS-Demokratisierungsprogramms,
- Verbesserung der Gesetzgebung und Verwaltungsverfahren,
- Maßnahmen im Rahmen des Stabilitätspaktes vom März 1995 (erste gemeinsame Aktion der EU, die der OSZE übertragen wurde) zur Stärkung der Demokratie und Menschenrechte.

Im Rahmen der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sind es

- der Handel, Investitionen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- die Koordination der Hilfsprogramme der EU mit den internationalen Finanzinstitutionen,
- die Infrastruktur und infrastrukturbezogene Dienstleistungen,
- die Energieversorgung und nukleare Sicherheit,
- die Umwelt,
- der Fremdenverkehr,
- die regionale Entwicklung und grenzübergreifende Zusammenarbeit.

Die EU beteiligt sich aktiv an der Kooperation auf verschiedenen Ebenen.

Die Kommission der EU hat, um ihre eigenen Maßnahmen – INTERREG II, PHARE und TACIS – mit denen der Region zu koordinieren, den Ostsee-Koordinierungsausschuß (BCC) geschaffen, an dem alle Ostseestaaten auch mit Vertretern ihrer Regionen teilnehmen.

Die bilaterale Hilfe verschiedener Staaten, meist EU-Mitgliedstaaten der Ostseeregion, ist bedeutend. Diese Hilfe (Zuschüsse und Darlehen) für den Ostseeraum wird für die Jahre 1990 bis 1994 auf 4,5 Mrd. ECU geschätzt. (Die EU leistet hierzu 0,737 Mrd. ECU Zuschüsse).

Für die Jahre 1995 bis 1999 geht die EU von einer Gesamthöhe von 4,7 Mrd. ECU aus (EU-Anteil 0,950 Mrd.).

Von diesem EU-Anteil sind 770 Mio. ECU aus PHARE: davon u. a. für Polen (115), Estland (105), Lettland (135) und Litauen (190) einschließlich der Mehrländerprogramme (143), für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (80) und für horizontale Programme (20), bestimmt. Weitere 40 Mio. ECU fließen über TACIS z. B. für St. Petersburg (30) und Kaliningrad (10) und 180 Mio. ECU über die EU Strukturfonds, davon Inter-

reg II (170 Mio. ECU) (Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten).

Mit dem Programm „Baltic Small Projects Facility“ (BSPF) hat die Europäische Kommission 1996 ein neues Förderinstrument geschaffen, an dem auch die mittel- und osteuropäischen Staaten teilnehmen können. Das Volumen des Programmes beträgt 14 Mio. ECU. Gefördert werden sollen Vorhaben der Bereiche Umwelt, Humanressourcen, wirtschaftliche Entwicklung und Tourismus, Verkehr, Entwicklung kommunaler Dienstleistungen, Demokratieaufbau, Bildung und Kultur.

43. Was leistet die EU für den Umweltschutz in der Ostseeregion (insbesondere Ostseeinitiative)?

Die Mitteilung der Europäischen Kommission „Initiative für den Ostseeraum“ enthält zum Bereich Umwelt relativ allgemein gehaltene und eher knappe Ausführungen. Die Kommission kündigt an, daß sie den Einsatz ihrer Hilfsprogramme zur Unterstützung des Umwelt-Aktionsprogramms der Helsinki-Kommission stärker koordinieren werde. Sie fordert weiter, daß die Umweltgesetzgebung und deren Durchsetzung in den Reformländern verschärft werden müsse. Grundsätzlich positiv zu vermerken ist, daß die Mitteilung auch die Integration des Umweltschutzes in andere Politikbereiche, beispielsweise den Verkehrs- und Energiebereich, anspricht.

Die Europäische Gemeinschaft hat die Helsinki-Konventionen von 1974 und 1992 ratifiziert. Dementsprechend beteiligt sich die Europäische Kommission an einigen HELCOM-Gremien, vornehmlich dort, wo politische Entscheidungsprozesse den Kompetenzbereich der Gemeinschaft berühren.

44. Wie ist dieser Raum in die Transeuropäischen Netze einbezogen?

Die „Gemeinschaftlichen Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes“ wurden durch Rat und Europäisches Parlament auf der Grundlage des Artikel 129 b-d EG-Vertrag im Juli 1996 verabschiedet. Im Ostseeraum beziehen diese Leitlinien nur die EU-Mitgliedstaaten direkt in die Transeuropäischen Netze ein.

Die Leitlinien bilden einen Orientierungsrahmen bis zum Jahr 2010 und umfassen die vorhandene und geplante (Neu- und Ausbau) Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger, die zur Sicherstellung der weiträumigen Verkehre erforderlich ist. Weiterhin weisen sie 14 prioritäre Projekte aus, deren Realisierung der Europäische Rat in Essen im Dezember 1994 beschlossen hat. Hierzu gehören folgende für die Verkehrsinfrastruktur im Ostseeraum bedeutende Vorhaben:

- Nordisches Dreieck
Es verbindet die Hauptstädte Oslo, Kopenhagen, Stockholm und Helsinki. In das Dreieck sind die

Verkehrsträger Schiene, Straße und Short-sea-shiping einbezogen.

- Feste Querung des Öresund
Diese dänisch-schwedische Straßen- und Schienenverbindung soll 2000 fertiggestellt sein. Sie ist Bestandteil des Nordischen Dreieckes und ein wichtiges Bindeglied nach West- und Zentral-europa.

Darüber hinaus sind folgende Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Leitlinien ausgewiesen:

- Feste Querung des Großen Belt
Diese innerdänische Schienen- und Straßenverbindung schließt an das Nordische Dreieck an und stellt die Verbindung mit Westeuropa her. Der Schienenverkehr läuft seit Mai 1997, die Straßenverbindung soll im Sommer 1998 eröffnet werden.
- Feste Querung des Fehmarnbelt
Für diese deutsch-dänische Verbindung laufen seit 1995 die gemeinsamen Machbarkeitsuntersuchungen, die 1998 abgeschlossen werden sollen. Auf der Grundlage einer anschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wird ab 1999 der politische Entscheidungsprozeß über die mögliche Realisierung oder alternativ über ein verbessertes Fährschiffkonzept erfolgen.

Die gemeinschaftlichen Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Netzes für die Mitgliedstaaten der EU sehen ausdrücklich auch die Verbindung mit den Netzen der nicht zur EU gehörenden Staaten vor. Dies geschieht zum einen im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und den assoziierten Staaten durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Kommission zur Ermittlung des notwendigen und finanzierbaren Verkehrsinfrastrukturbedarfs in den assoziierten Staaten (TINA = Transport Infrastructure Needs Assessment), zum anderen durch das Konzept der Paneuropäischen Korridore.

Im Rahmen von TINA wurde für den Bereich der Ostsee die Untergruppe Ostseeregion (Baltic-Sea-Area) eingerichtet, in der Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden ständig vertreten sind. In die Ermittlungen, die sich auf alle Verkehrsträger erstrecken, sind nicht nur die Verbindungen zur EU und zwischen den assoziierten Staaten, sondern auch Verbindungen zu den NUS einbezogen. Die von dieser Gruppe definierten Netze sollen im Falle des Beitritts der assoziierten Staaten sicherstellen, daß die TEN-Leitlinien bei ihrer Fortschreibung an den erweiterten Geltungsbereich der Gemeinschaft angepaßt werden können.

Die Paneuropäischen Korridore als Rückgrat eines zukünftigen gesamteuropäischen Verkehrssystems garantieren darüber hinaus, daß auch zu den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten, die nicht von den TEN-Leitlinien und dem TINA-Prozeß erfaßt sind, leistungsfähige Verbindungen mit den Transeuropäischen Verkehrsnetzen hergestellt und ausgebaut werden.

Die 2. Paneuropäische Verkehrskonferenz in Kreta 1994 hat folgende Korridore, bestätigt durch die

3. Paneuropäische Verkehrskonferenz in Helsinki 1997, als Verbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten zu dem Netz der Gemeinschaft im Ostseeraum festgelegt:

- Paneuropäischer Korridor I (Via Baltica/Rail Baltica)
Dies ist die Hauptverbindungsline von Helsinki durch die baltischen Staaten nach Mitteleuropa. Der Ausbau und die Verbesserung der Straßenverbindung ist schon deutlich fortgeschritten. Der Ausbau der Schienenverbindung konnte damit bisher nicht Schritt halten.
- Paneuropäischer Korridor VI
Die Achse mit dem Endpunkt Danzig stellt eine durchgehende Verbindung zwischen Skandinavien und der Ostsee und den mittel- und südosteuropäischen Staaten her.
- Paneuropäischer Korridor IX
Neben der Verbindung Helsinki – St. Petersburg – Moskau sind auch die beiden Äste Kaliningrad bzw. Klaipeda (Memel) nach Kaunas – Wilna – Minsk wichtig für Verkehre aus dem Ostseeraum in die NUS-Staaten.

Im Zusammenhang mit der Festlegung dieser Infrastrukturen ist zu beachten, daß Häfen sowohl ein wichtiger Bestandteil der transeuropäischen Netze als auch Endpunkte der vorgenannten Korridore sind, und daß damit wichtige Voraussetzungen für die Verknüpfung der Netze und Verkehrsträger der Staaten im Ostseeraum gegeben sind.

Zu den transeuropäischen Netzen Energie s. Antwort auf Frage 7 b.

45. Welche Mittel wurden von der EU im Rahmen ihrer nachfolgend genannten Förderinstrumente bereitgestellt, für welche Staaten:

- PHARE
- TACIS
- INTERREG?

Die aus PHARE und TACIS bereitgestellten Mittel ergeben sich aus der Anlage 6.

Zur Unterstützung von Gebieten an den Binnen- und Außengrenzen der EU beschloß die Kommission im Juni 1994 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A.

Für dieses Förderprogramm, welches auf die Bewältigung besonderer Entwicklungsprobleme in Regionen an den Binnen- und Außengrenzen sowie auf die Nutzung der Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern sowie mit Drittstaaten abzielt, stehen bis 1999 rd. 2,4 Mrd. ECU zur Verfügung. Hier-von entfällt rd. 1/4 auf die Ostseestaaten der EU, d. h. 580 Mio. ECU, davon für D 445, DK 26, S 55, FIN 53 Mio. ECU. Vom deutschen Anteil wird rd. 1/5 in den Bundesländern Schleswig-Holstein (18,1 Mio. ECU) und Mecklenburg-Vorpommern (63,1 Mio. ECU) für grenzüberschreitende Maßnahmen mit Dänemark bzw. Polen verwendet.

Die Europäische Kommission hat diese umfangreiche Gemeinschaftsinitiative zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Mai 1996 um ein Förderprogramm zur transnationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung – INTERREG II C – erweitert. Für den Ostseeraum wurde das Operationelle Programm im Dezember 1997 mit einem EU-Beitrag von 25 Mio. ECU verabschiedet.

Wichtige Handlungsfelder sind

- Förderung eines Städtesystems im Ostseeraum und ausgewogener Siedlungsstruktur,
- Verbesserung von Kommunikationsnetzen und Förderung von Energielösungen als Bestandteil nachhaltiger Regionalentwicklung,
- Förderung eines integrierten Managements und der nachhaltigen Entwicklung von Küstenzonen, Inseln und spezifischen Gebieten,
- Weiterentwicklung der Raumordnung und Einflußnahme auf das natürliche und kulturelle Erbe.

Damit auch die mittel- und osteuropäischen Länder und Rußland an dieser Initiative direkt beteiligt werden können, müssen Mittel aus PHARE und TACIS zeitnah bewilligt werden.

46. Was ist insgesamt an EU-Mitteln in diese Region, was in die Mittelmeerregion gegangen?

Die detaillierten Finanzhilfen der EU für die Zeiträume 1990 bis 1994 und 1995 bis 1999 für die Ostseeregion und bis 1998 für den Mittelmeerraum sind aus den Anlagen 7 und 8 ersichtlich.

In Zusammenfassung aller einschlägigen EU-Programme sind für

- den Ostseeraum (Programm-Laufzeit 1995–1999) 990 Mio. ECU
- den Mittelmeerraum (Programm-Laufzeit 1996 bis 1998) 1 766 Mio. ECU

vorgesehen (Jahresdurchschnitt Ostsee 198 Mio. ECU; Mittelmeer 588 Mio. ECU).

47. Was unterscheidet die „Mittelmeerpolitik“ der EU von ihrer „Ostseepolitik“?

Mittelmeer- und Ostseeraum haben jeweils eine eigene spezielle Bedeutung für die EU, die deren Politik bestimmt:

Die „Mittelmeerpolitik“ der EU beruht auf zwei Säulen:

- Intensivierung der bilateralen Beziehungen der EG zu den einzelnen Mittelmeerpartnern und
- der multilateralen (regionalen) Zusammenarbeit im Rahmen des „Barcelona-Prozesses“.

Bilateral hat die EG mit Tunesien, Israel, Marokko und Jordanien Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung jeweils einer Assoziation geschlossen. Diese Abkommen orientieren sich an den Europa-Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, enthalten aber keine Beitrittsperspektive. Ziel der Abkommen ist die Schaffung bilateraler Freihandelszonen. Mit Hilfe der Abkommen soll die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Wirtschafts- und Verwaltungsreform, die Schaffung wirtschaftlicher Infrastrukturen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mittelmeerdrittstaaten ermöglicht werden. Mit Algerien, Ägypten, Libanon und Syrien laufen die Verhandlungen über derartige Abkommen.

Im multilateralen Bereich hat die Euro-Mittelmeerkonferenz in Barcelona im November 1995 die Euro-Mediterrane Partnerschaft mit dem Ziel gegründet, eine Region des Friedens und der Stabilität und eine Wirtschaftszone zu schaffen, die den freien Warenaustausch und die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit pflegt.

Demgegenüber ist Ziel der „Ostseepolitik“ der EU die Integration der östlichen Anrainerstaaten (außer Rußland). Im Unterschied zum Mittelmeer entwickelt sich die Ostsee auf diese Weise zu einem „EU-Binnenmeer“. Was die Ostseeregionen Rußlands anlangt, so geht es der EU um Hilfe bei der Entwicklung mit dem politischen Ziel guter Nachbarschaft.

Der Mitteleinsatz für die Ostseekooperation umfaßt die teilweise Verwendung der Mittel der 3 EU-Programme (PHARE, TACIS und INTERREG) und Kredite der Europäischen Investitionsbank.

Anlage 1

Bevölkerung und gesamtwirtschaftliche Leistung
des Wirtschaftsraums Ostsee

1) Staaten insgesamt		
Land	Bevölkerung 1996 Einwohner in 1 000*)	gesamtwirtsch. Leistung BIP 1996 in Mrd. US-\$ zu lfd. Preisen und Wechsel- kursen**)
Deutschland	81 877	2 353,2
Dänemark	5 262	174,2
Schweden	8 901	250,3
Finnland	5 125	124,0
Rußland	147 500	440,0
Estland	1 480	4,3
Lettland	2 500	5,1
Litauen	3 700	7,7
Polen	38 618	130,7
Gesamt	294 963	3 489,5

*) Quellen: OECE, BfAI

**) Quellen: Für D, DK, SE, FIN = OECD, Main Economic Indicators, 12/97
für übrige Länder = Forschungsinstitute (s. BMWi-Dokumentation
Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1997)

2) Bevölkerung der Ostseeregion Einwohner in 1 000		
Land	Bevölkerung 1996 Einwohner in 1 000*)	
<i>Anrainerstaaten</i>		
Dänemark	5 262	
Schweden	8 901	
Finnland	5 125	
Estland	1 480	
Lettland	2 500	
Litauen	3 700	
<i>Küstengebiete</i>		
Deutschland (Hamburg, Mecklenb.- Vorp., Schleswig- Holstein)	6 261	
Rußland (Kaliningrad, Leningrad, Stadt St. Petersburg)	7 630	
Polen (7 Wojewodschaften)	5 076	
Gesamt	45 935	

noch: Anlage 1

3) Ostseeregionen Deutschlands, Rußlands und Polens		
Einwohner in 1 000		
Land	Einwohner in 1 000	BIP 1996 in Mrd. DM
<i>Deutschland</i>		
	30. 09. 1996	
Mecklenburg-Vorpommern	1 821	44,4
Schleswig-Holstein	2 731	110,7
Hamburg	1 709	136,7
Gesamt	6 261	291,8
Quelle: StBA		
Land	Einwohner in 1 000	
<i>Rußland</i>		
	Ende 1996	
Gebiet Kaliningrad	930	
Gebiet Leningrad	1 700	
Stadt St. Petersburg	5 000	
Gesamt	7 630	
Quelle: Länderreferat BMWi		
Land	Einwohner in 1 000	
<i>Polen (Wojewodschaften)</i>		
	30. 09. 1996	
Stettin	992	
Köslin	523	
Stolp	427	
Danzig	1 460	
Elbing	493	
Allenstein	774	
Suwalken	407	
Gesamt	5 076	
Quelle: Biuletyn Statystyczny		

Anlage 2

Wachstumsrate (Reales Bruttoinlandsprodukt) der Ostseeanrainerstaaten
jährliche Veränderungen in %

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Deutschland*)	5,0	2,2	- 1,2	2,7	1,8	1,4
Dänemark*)	1,4	1,3	1,3	3,5	3,1	3,4
Schweden*)	- 1,1	- 1,4	- 2,2	3,3	3,9	1,3
Finnland*)	- 7,1	- 3,6	1,2	4,5	5,1	3,3
Rußland**)	- 5,0	- 14,5	- 8,7	- 12,7	- 4,2	- 6,0
Estland**)		- 19,3	- 3,5	- 2,7	3,0	4,0
Lettland**)		- 34,9	- 14,9	0,6	- 1,6	2,5
Litauen**)		- 34,2	- 30,4	1,0	3,0	3,5
Polen**)		2,6	3,8	5,2	7,0	6,0

Quellen:

*) OECD, Wirtschaftsausblick, Dezember 1997.

**) Forschungsinstitute (s. BMWi-Dokumentation
Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1997)Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
der Ostseeanrainerstaaten
in US-Dollar (lfd. Preise und Wechselkurse)

	1996
Deutschland*)	28 738
Dänemark*)	33 230
Schweden*)	28 283
Finnland*)	24 420
Rußland**)	2 970
Estland**)	2 949
Lettland**)	2 030
Litauen**)	2 081
Polen**)	3 455

Quellen: *) OECD National Accounts, Main aggregates, Volume 1

**) Forschungsinstitute (s. BMWi-Dokumentation
Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und
Osteuropa, Sammelband 1997)Inflationsrate der Ostseeanrainerstaaten
jährliche Veränderungen in %

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Deutschland	3,9	5,5	3,9	2,2	2,2	1,0
Dänemark	2,2	3,2	0,6	1,6	2,0	1,9
Schweden	7,6	1,0	2,6	2,5	3,7	0,9
Finnland	2,6	0,7	2,4	1,3	2,4	1,2
Rußland	92,7	1 353,0	699,8	302,0	190,1	47,8
Estland	210,6	1 069,0	89,0	47,7	28,9	23,1
Lettland	124,4	951,3	109,1	35,9	25,1	18,8
Litauen	224,7	1 020,50	410,4	72,1	39,5	24,7
Polen	70,3	43,0	35,3	32,2	27,9	19,9

Quelle: IMF, World Economic Outlook, Oktober 1997.

Anlage 3

Bedeutende Forschungseinrichtungen in Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen sowie in den Küstenregionen Rußlands und Polens

Dänemark:

- Institut für Betriebsforschung, Kopenhagen
- Institut für Umweltschutz, Roskilde
- Landwirtschaftsforschung, Tjele
- Geologisches Institut, Dänemark und Grönland, Kopenhagen
- Forschungscenter Risø, Roskilde
- Fischereiforschung, Charlottenlund
- Landwirtschafts- und Fischereiökon. Institut, Valby
- Forschungscenter Bornholm, Nexø
- Sozialforschungsinstitut, Kopenhagen

Schweden:

- Swedish Institute of Computer Science, Kista
- The Swedish Institute for Food and Biotechnology, Göteborg
- Swedish Institute for Quality, Göteborg
- Swedish Institute for System Development, Kista
- The Forestry Research Institute of Sweden, Uppsala
- Swedish Pulp and Paper Research Institute, Stockholm
- Swedish Rock Engineering Research, Stockholm
- The Swedish Institute for Wood Technology, Stockholm
- Swedish Foundry Association, Jäcköpping
- Swedish Institute for Metals Research, Stockholm
- Swedish Institute for Fibre and Polymer Research, Göteborg
- Institute for Media Technology, Stockholm
- Swedish Institute of Applied Mathematics, Göteborg
- Swedish Environmental Research Institute, Stockholm

Finnland:

- Finnische Akademie der Wissenschaften, Helsinki
- Finnisches Zentrum für Technologische Entwicklung (TEKES), Helsinki
- Technisches Forschungszentrum von Finnland, Espoo
- Finnisches Institut für Walderforschung, Vantaa
- Finnisches Institut für Meeresforschung, Helsinki
- Finnisches Umweltinstitut, Helsinki

- Finnisches Zentrum für Strahlensicherheit, Helsinki
- Landwirtschaftliches Forschungszentrum Finnlands, Jokionen
- Finnisches Institut für Jagd- und Fischereiforschung, Helsinki

Estland:

- Estonian Academy of Sciences, Tallinn
- Estonian Science Foundation, Tallinn
- Estonian Biocentra, Tartu
- Institute of Geology, Tallinn

Litauen:

- Institute of Biochemistry, Vilnius
- Institute of Biotechnology, Vilnius
- Institute of Geology, Vilnius
- Institute of Thermal Insulation, Vilnius
- Lithuanian Energy Institute, Kaunas
- Lithuanian Food Institute, Kaunas
- Lithuanian Institute of Agriculture, Kedainiai
- Semiconductor Physics Institute, Vilnius

Lettland:

- Akademie der Wissenschaften, Riga
- Technische Universität, Riga
- Handelsakademie, Riga

Polen:

- Centre of Naval Engineering, Gdansk
- Maritime Institute, Gdansk
- Sea Fisheries Institute, Gdynia
- Institute of Fluid-Flow Machinery, Gdansk

Russische Föderation:

- Arktis- und Antarktischforschungsinstitut, St. Petersburg
- Zentrales Forschungsinstitut für Robotik und Technische Kybernetik, St. Petersburg
- Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Elektrophys. Apparate, „Evremov“, St. Petersburg
- Institut für Nuklearphysik, St. Petersburg/Catchina
- Institut für Physik und Technologie A.F. Joffe, St. Petersburg

Anlage 4

Entwicklung des Warenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostseeanrainerstaaten
– in Mio. DM –

Land	1991	1992	Veränderung %	1993	Veränderung %	1994	Veränderung %	1995	Veränderung %	1996	Veränderung %	Veränderung % Gesamtzeitraum
Einfuhr												
Dänemark	13 384	14 364	7,3	10 550	-26,6	11 503	9,0	12 785	11,1	11 986	-6,2	-10,4 (1991-96)
Schweden	14 507	14 094	-2,8	12 548	-11,0	14 036	11,9	13 938	-0,7	13 869	-0,5	-4,4 (1991-96)
Finnland	6 581	6 550	-0,5	5 649	-13,8	7 007	24,0	7 152	2,1	6 275	-12,3	-4,6 (1991-96)
Rußland*)				10 720		13 169	22,8	13 612	3,4	15 402	13,2	43,7 (1993-96)
Estland**)		78		166	112,8	192	15,7	253	31,8	311	22,9	298,7 (1992-96)
Lettland**)		285		294	3,2	419	42,5	580	38,4	489	15,7	71,6 (1992-96)
Litauen**)		323		322	-0,3	419	30,1	609	45,3	739	21,3	128,8 (1992-96)
Polen	7 250	8 287	14,3	8 638	4,2	10 126	17,2	12 413	22,6	12 182	-1,9	68,0 (1991-96)
Gesamt*)				48 887		56 871	16,3	61 342	7,9	61 253	-0,1	25,3 (1993-96)
Ausfuhr												
Dänemark	12 406	12 977	4,6	11 302	-12,9	12 917	14,3	14 363	11,2	13 931	-3,0	12,3 (1991-96)
Schweden	14 983	14 630	-2,4	12 677	-13,3	15 322	20,9	18 399	20,1	18 443	0,2	23,1 (1991-96)
Finnland	5 837	5 659	-3,0	4 652	-17,8	5 383	15,7	6 909	28,3	7 333	6,1	25,6 (1991-96)
Rußland*)				11 392		10 754	-5,6	10 297	-4,2	11 458	11,3	0,6 (1993-96)
Estland**)		128		171	33,6	267	56,1	369	38,2	452	22,5	253,1 (1992-96)
Lettland**)		200		349	74,5	508	45,6	592	16,5	612	3,4	206,0 (1992-96)
Litauen**)		256		502	96,1	784	56,2	769	-1,9	1 070	39,1	318,0 (1992-96)
Polen	8 475	8 233	-2,9	9 702	17,8	10 353	6,7	12 695	22,6	16 366	28,9	93,1 (1991-96)
Gesamt*)				50 747		56 288	10,9	64 393	14,4	69 665	8,2	37,3 (1993-96)

*) Zahlen werden vom Statistischen Bundesamt erst ab Mai 1992 erfaßt (vergleichbar erst ab 1993).

**) Zahlen werden vom Statistischen Bundesamt erst ab 1992 erfaßt.

Quelle: Statistisches Bundesamt Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

Entwicklung des Warenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostseeanrainerstaaten
– in Mio. DM –

Land	1991	1992	Veränderung %	1993	Veränderung %	1994	Veränderung %	1995	Veränderung %	1996	Veränderung %	Veränderung % Gesamtzeitraum
Einfuhr und Ausfuhr												
Dänemark	25 790	27 341	6,0	21 852	-20,1	24 420	11,8	27 148	11,2	25 917	-4,5	0,5 (1991-96)
Schweden	29 490	28 724	-2,6	25 225	-12,2	29 358	16,4	32 337	10,1	32 312	-0,1	9,6 (1991-96)
Finnland	12 418	12 209	-1,7	10 301	-15,6	12 390	20,3	14 061	13,5	13 608	-3,2	9,6 (1991-96)
Rußland*)				22 112		23 923	8,2	23 909	-0,1	26 860	12,3	21,5 (1993-96)
Estland**)		206		337	63,6	459	36,2	622	35,5	763	22,7	270,4 (1992-96)
Lettland**)		485		643	32,6	927	44,2	1 172	26,4	1 101	-6,1	127,0 (1992-96)
Litauen**)		579		824	42,3	1 203	46,0	1 378	14,5	1 809	31,3	212,4 (1992-96)
Polen	15 725	16 520	5,1	18 340	11,0	20 479	11,7	25 108	22,6	28 548	13,7	81,5 (1991-96)
Gesamt*)				99 634		113 159	13,6	125 735	11,1	130 918	4,1	31,4 (1993-96)

*) Vergleichbare Zahlen erst ab 1993.

**) Vergleichbare Zahlen erst ab 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

Anlage 5

Deutsche Direktinvestitionen in den Ostseeanrainerstaaten
(in Mio. DM)

Länder/Regionen	Nettotransferleistungen im Jahr						Bestand Ende 1995
	1992	1993	1994	1995	1996	1992–1996	
weltweit	24 830	25 617	27 032	52 163	38 824	168 466	361 687
Rußland	ehem. Sowjet- union gesamt = 6	29	138	116	122	411	567
Estland		5	- 3	2	8	12	- 1
Lettland		3	12	22	11	48	33
Litauen		5	7	14	9	35	28
Polen	154	438	545	796	1 945	3 878	1 736
Östliche Ostseeländer	160	480	699	950	2 095	4 384	2 363
Dänemark	652	97	183	829	390	2 151	2 758
Finnland	63	36	5	66	413	583	517
Schweden	565	713	321	297	83	1 979	3 404
Nordische Ostseeländer	1 280	846	509	1 192	886	4 713	6 679
Ostseeländer insgesamt	1 414	1 326	1 208	2 142	2 981	9 097	9 042

Anlage 6

Aus PHARE und TACIS von der EU für Ostseestaaten bereitgestellte Mittel
(in Mio. ECU)

TACIS	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Gesamt
Rußland	211,95	111,00	160,75	150,00	161,19	133,00*)	927,89
Baltische Staaten	15,00	0	0	0	0	0	15,00

*) Einschließlich Fazilitäten.

Die Baltischen Staaten erhielten nur 1991 Mittel aus Tacis, seit 1992 sind die Staaten Empfänger von Phare.

Quelle: Auszug aus Tacis-Programm Jahresbericht 1996, Seite 7

PHARE	1990–1992	1993	1994	1995	1996	Gesamt
Estland	10,0	12,0	22,5	24,0	61,8	130,3
Lettland	15,0	18,0	29,5	32,5	37,0	132,0
Litauen	20,0	25,0	39,0	42,0	53,0	179,0
Polen	577,8	225,0	206,8	174,0	203,0	1 388,5

Quelle: Auszug aus Phare Zwischenevaluierung, Juni 1997.

Anlage 7

Tabelle aus dem Bericht der KOM über den heutigen Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit im Ostseeraum

KOM (95) 609 endg. vom 29. November 1995 – Anhang 4 (laufende und geplante Programme)

Geber	Programm	– in Mio. ECU –		
		Mittel 1990–1994	Mittel 1995–1999	
EU/PHARE	Polen	152	115	
	Estland	48,5	105	
	Lettland	67,5	135	
	Litauen	90	190	
	Länderübergreifend	94	143	
	grenzübergreifende (29) Zusammenarbeit	11	80	
	Horizontale Progr. (30)	2 (31)	2 (31)	(31) Nur Mittel für das Partnerschafts- programm
EU/PHARE gesamt		465	770	
EU/TACIS	St. Petersburg	30	30	
	Kaliningrad	10	10	
EU/TACIS gesamt		40	40	
EU/Strukturfonds	Interreg II	1	170	
	ECOS-Ouverture	n. a.	10	
EU/Strukturfonds gesamt		1	180	
EU/Gemeinschafts- programme	LIFE I & II	11	p. m. (37)	(37) keine gesonderten Mittel Ostsee
EU/Stützung der Zahlungsbilanzen		220 (39)	–	(39) 50 % der Gesamtmittel, ohne poln. Stabilitätsfonds und Entschuldungs- programm
EU-gesamt		737	990	
Dänemark	bilateral	177	175	
	Exportbürgschaften			
Finnland	bilateral	183	200	
Deutschland	verschiedene	426	425	
Schweden	verschiedene	264	315	
andere EU-MS	verschiedene	488	490	
EU-MS gesamt		1 538	1 605	
E I B		194	p. m.	
E B W E		318 (40)	600 (40)	(40) geschätzt
I B R D (WB)		669	700	
N I B		98	100	
Alle Geber		3 554	3 995	

Anlage 8

Finanzhilfe der EU an Mittelmeer-Drittstaaten in Mio. ECU

Land	I. Finanzprotokoll (1. 11. 78–31. 10. 81)			II. Finanzprotokoll (1. 11. 81–31. 10. 86)			III. Finanzprotokoll (1. 11. 86–31. 10. 91)			IV. Finanzprotokoll (1. 11. 91–31. 10. 96)			MEDA-Mittel 1996–1998				
	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.		
Ägypten	93	77	170	150	126	276	249	200	449	310	258	568	–	–	500		
Algerien	70	44	114	107	44	151	183	56	239	280	70	350	–	–	250		
Israel	30	–	30	40	–	40	63	–	63	82	–	82	–	–	–		
Jordanien	18	22	40	37	26	63	63	37	100	80	46	126	–	–	100		
Libanon	20	10	30	34	16	50	53	20	73	45	24	69	–	–	80		
Marokko	56	74	130	90	109	199	151	173	324	220	218	438	–	–	450		
Syrien	34	26	60	64	33	97	110	36	146	115	43	58	–	–	120		
Tunesien	41	54	95	78	61	139	131	93	224	168	116	284	–	–	250		
Pal. Gebiete													–	–	16		
Summe	362	307	669	600	415	1 015	1 003	615	1 618	1 300	775	2 075	–	–	1 766		
										außerdem wurden 300 Mio. ECU für Struktur- anpassungsprogramme u. 230 Mio. ECU HH-M u. 1 800 Mio. ECU EIB- Mittel gewährt			zusätzlich 2 310 Mrd. ECU EIB-Darlehen für alle Mittelmeerdrittländer				
	I. Finanzprotokoll (1. 11. 78–31. 10. 83)			II. Finanzprotokoll (1. 11. 83–31. 10. 88)			III. Finanzprotokoll (1. 11. 89–31. 12. 93)			IV. Finanzprotokoll (1. 11. 94–31. 12. 98)			MEDA-Mittel 1996–1998				
	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.	EIB	HH-M	insg.		
Malta	16	10	26	16	13,5	29,5	23	15	38	30	15	45	–	–	–		
Zypern	20	10	30	28	16	44	44	18	62	50	24	74	–	–	–		
Türkei	–	175	175 (1964–1969)	25	217	242 (1971–1977)	90	220	310 (1979–1981)	750	375	1 125	GR verweigert die Zustimmung			–	225
													dazu kommen noch 309 Mio. ECU für horizontale Maßnahmen und 54 Mio. ECU Reserve				